

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ulrich Lohmar

Sozialdemokratie—
Kommunismus

Zur ideologischen
Abgrenzung

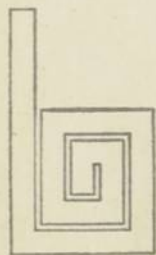
Eine Auseinandersetzung mit
den DDR-Autoren
Arno Winkler, Günter Kalex,
Harry Klug

B 8/73

24. Februar 1973

Ulrich Lohmar, Dr. sc. pol., o. Professor für Politische Wissenschaft an der Gesamthochschule Paderborn, MdB, geb. 1928 in Engelskirchen. Studium der Rechtswissenschaften und Sozialwissenschaften in Köln, München und Hamburg; 1954—1967 Chefredakteur der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“; seit 1957 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 1965 Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft.

Veröffentlichungen u. a.: Innerparteiliche Demokratie, 1963; Politik in der Hauptschule, 1970; Die Koalition der Zukunft — Demokratie und Wissenschaft in der Industriegesellschaft, 1972; Kursbuch für junge Staatsbürger, 1972.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels; Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstr. 61-65, Tel. 06 51 / 4 80 71, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sozialdemokratie oder Kommunismus?

Die Ostverträge und der Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR haben die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn normalisiert. Doch gerade seit der Bildung der ersten Bundesregierung unter Willy Brandt im Jahre 1969 verstärkte sich in den Zeitungen und Zeitschriften der DDR die Polemik gegen den „sozialdemokratischen Revisionismus“. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Ulrich Lohmar hat in seinem Buch „Die Koalition der Zukunft — Demokratie und Wissenschaft in der Industriegesellschaft“, List-Verlag, München 1972 (eine gekürzte Fassung erschien in der „Zeit“ vom 21. 4. 72), eine vergleichende Darstellung der ideologischen Positionen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Parteien veröffentlicht. Für das theoretische Selbstverständnis und die politische Strategie der SED sehr aufschlußreich sind die Antworten, die daraufhin in zwei führenden theoretischen Organen der DDR erschienen. Wir veröffentlichen alle drei Beiträge mit einem kritischen Kommentar von Ulrich Lohmar, weil wir der Auffassung sind, daß die Unterschiedlichkeit der gesellschaftlichen Systeme in der BRD und der DDR eine Diskussion über ideologische Grundsatzfragen nicht ausschließen, sondern eher herausfordern sollte.

Die Diskussion um das ideologische Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus ist mit der Differenzierung kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien neu belebt worden. Unter Ideologie wird hier nicht eine vom „Sein“ entfremdete Form des „Bewußtseins“ verstanden, sondern Ideologie ist gemeint in dem neuen Sinn eines theoretischen Handlungsentwurfs, der die Gesellschaft im ganzen sieht, und als ein strategisches Zielbündel. Wie sehr diese Debatte heute verstellt wird durch taktische und emotionale Verhaltensweisen, zeigt beispielsweise die These der KPdSU, die Sozialdemokratie sei durchaus ein internationaler Partner des Kommunismus, und andererseits die Polemik der SED gegen den sozialdemokratischen „Revisionismus“. Der gleiche Tatbestand wird auch deutlich in der Neigung mancher Sozialisten, die sich innerhalb sozialdemokratischer Parteien zusammengefunden haben, mit der Beschreibung ihrer politischen „Links“-Position zugleich zu meinen, man müsse, wenn man *links* sein wolle, den Kommunisten mit mehr Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit begegnen. Die kommunistischen wie die sozialdemokratischen Gesprächspartner stoßen dabei nur selten zu den erkennbaren inhaltlichen Differenzen zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Ideologie vor. Auch das Godesberger Programm der SPD nimmt diese im eigentlichen Sinn theoretische Problemstellung nur hier und da, aber nicht durchgängig auf. Die zehn folgenden Thesen sind ein Versuch, die Unterschiede zwischen sozialdemokratischem und kommunistischem Denken inhaltlich zu umreißen, orientiert an der Praxis und an der ideologischen Zielsetzung.

1. Die Sozialdemokratie geht aus von den moralischen Werten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Sie entwickelt aufgrund der jeweiligen gesellschaftlichen Situation daraus politische Strategien.

Der Kommunismus geht aus von dem geschlossenen ideologischen Bild von der

Arno Winkler

Wie der Sozialdemokrat Ulrich Lohmar den objektiven Verlauf der Geschichte aufhalten will S. 11

Günter Kalex/Harry Klug

Das „strategische Zielbündel“ des Herrn Lohmar S. 21

Ulrich Lohmar

Der „Hürdenlauf“ zur ideologischen Koexistenz S. 32

Gesellschaft, in der die Dialektik von Werten, Analysen der Gesellschaft und Strategien weitgehend aufgehoben und ideologisch vorgeformt ist.

Moralische Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die das Godesberger Programm der SPD zu den wesentlichen Leitmotiven des freiheitlichen Sozialismus macht, sind für die Kommunisten lediglich unter den Voraussetzungen einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel, des „demokratischen Zentralismus“ und einer materialistischen Philosophie real vorstellbar. Freiheit ist für sie Einsicht in die Notwendigkeit, wobei diese Notwendigkeit in einem vermeintlich geschichtsnotwendig verlaufenden Prozeß zum Kommunismus hin gesehen wird. Diese

scheinbare Notwendigkeit als Zwangsläufigkeit gibt der kommunistischen Ideologie einen Zug zum aktivistisch-naiven Fatalismus. Die entscheidende Bestimmungsgröße dieser „Notwendigkeit“ ist die Gesellschaft im ganzen, nicht der einzelne Mensch. Weder in der Motivation weltanschaulicher, philosophischer oder religiöser Art noch in der Interpretation und Entscheidung möglicher Strategien ist die persönliche Überzeugung des einzelnen das letzte Maß, sondern immer die Gesellschaft. Den dabei zwangsläufig auftretenden Widerspruch zwischen gesellschaftlichem „Sein“ und persönlichem „Bewußtsein“ überwinden die Kommunisten mit Hilfe ihres Führungsprinzips des sogenannten „demokratischen Zentralismus“, der Wahlen und Entscheidungen formal nach unten delegiert und inhaltlich, d. h. strategisch und personell, von oben her vorformt, weil bei den jeweiligen Spitzen der kommunistischen Parteien das größere Maß an Einsicht in die vermeintliche Notwendigkeit als Verlaufsmaßstab der Interpretation von Freiheit vermutet wird. Die Kommunisten verstehen sich als Geburtshelfer einer an sich geschichtsnotwendigen Entwicklung, deren jeweiligen Entwicklungsstand man nur richtig oder falsch, nicht aber so oder auch anders einschätzen kann.

In der Verneinung des Rechts und der Möglichkeit, aus unterschiedlichen Motivationen zu verschiedenen Resultaten im Hinblick auf den Sozialismus zu kommen, liegt der erste entscheidende Unterschied zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Ideologie. Im einen Fall ist die Gesellschaft das Maß, die Person das Mittel und die Partei das Instrument, im anderen Fall ist die Person das Maß, die Partei das Mittel und die Gesellschaft der Handlungsrahmen.

2. Die Sozialdemokraten wollen bestehende Herrschaftsformen in der Gesellschaft demokratisch legitimieren und sie gleichzeitig durch Demokratisierung allmählich abbauen, soweit das vor allem in überschaubaren Lebensbereichen möglich ist.

Die Kommunisten haben auf der Basis vergesellschafteter Produktionsmittel eine neue, nicht kapitalistische Klassengesellschaft entstehen lassen und bestehen auf einem strengen hierarchischen Aufbau.

Demokratische Legitimation heißt für Sozialdemokraten, daß niemand ohne die Zustimmung anderer Herrschaftspositionen einnehmen soll. Dabei wird nicht die Kooperation, sondern die Wahl als Ausleseprinzip genommen. Nicht von oben, sondern von unten soll

die Legitimation geschehen. Die Selbstverwirklichung von Menschen kann natürlich in einer solchen Beziehung nur mittelbar erfolgen. Wo und auf welche Weise sie unmittelbar verwirklicht werden könnte, ist ein entscheidendes Problem sozialdemokratischer Gesellschaftstheorie. Im Betriebsverfassungsgesetz, im Bildungswesen, in den Genossenschaften, im sozialen Wohnungsbau und in der sozialen Krankenversicherung ist versucht worden, die Selbstverwirklichung von Menschen durch eine unmittelbare Selbst- oder Mitbestimmung zu verwirklichen. Die Arbeitsteiligkeit und die Großräumigkeit moderner Staaten setzen diesen Möglichkeiten natürliche Grenzen, aber diese Grenzen können ganz sicher weiter vorgeschoben werden in der Richtung von mehr unmittelbarer Selbstbestimmung oder Mitbestimmung.

Die Legitimation von Herrschaft im Sinn einer inhaltlich und ideologisch nicht eindeutig vorher bestimmten Wahl kennen die Kommunisten nicht, weil sie mit der Vergesellschaftung (in der Praxis: Verstaatlichung) der Produktionsmittel der Herrschaft von Menschen über Menschen angeblich jede Grundlage entzogen haben. Die monokausale gesellschafts-ökonomische Betrachtungsweise der kommunistischen Ideologie macht diese vereinfachende Sicht möglich und verführt dazu, das realsoziologische Faktum der Herrschaft zu verdrängen. Das Maß ist die Einsicht in die Notwendigkeit, und was notwendig ist, darüber befinden die Führer der kommunistischen Parteien kraft besserer Einsicht. Entsprechend nehmen sie das Entstehen neuer Klassen, die nicht auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln beruhen, gar nicht erst zur Kenntnis. *Milovan Djilas*, der Theoretiker der jugoslawischen Kommunisten, hat auf diese Tatbestände schon vor anderthalb Jahrzehnten hingewiesen. Er geriet in Acht und Bann. Und weil angeblich unter der Voraussetzung vergesellschafteter Produktionsmittel keine neuen Formen von Herrschaft von Menschen über Menschen entstehen können, finden die Kommunisten natürlich auch nichts dabei, daß es in ihren Staaten und Parteien eine strenge Hierarchie gibt.

3. Die Sozialdemokraten wollen in der Eigentumsfrage durch eine soziale Verpflichtung des Eigentums, durch den Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors, durch Kontrolle wirtschaftlicher Macht und durch Vermögen in Arbeitnehmerhand den kapitalistischen Sektor abbauen.

Die Kommunisten haben das Privateigentum an Produktionsmitteln weitgehend aufgehoben und durch Staatseigentum ersetzt. Da-

durch wird die Lage des Arbeiters nicht notwendig besser.

Die Verschränkung des Verhaltens und der Möglichkeiten des einzelnen mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen wird deutlich auch in der Eigentumspolitik der Sozialdemokraten. Die soziale Verpflichtung, schon vom Grundgesetz vorgegeben, und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wollen den einzelnen einmal an gesellschaftlichen Bindungen orientieren, ihm zum anderen aber Eigentum als eine der denkbaren Voraussetzungen für mehr persönliche Freiheit vermitteln. Der gemeinwirtschaftliche Sektor hingegen und die Kontrolle wirtschaftlicher Macht sind zwei Hebel, um den kapitalistischen Sektor der Wirtschaft politisch in den Griff zu bekommen und eine einseitige Beherrschung der Politik durch die Wirtschaft zu vermeiden.

Die Kommunisten halten von alledem nichts. Soweit sie privates Eigentum weiterhin zulassen, handelt es sich nicht im eigentlichen Sinn um Produktionsmittel. Die Notwendigkeit der Kontrolle von unten nach oben verneinen sie aus den gleichen ideologischen Gründen wie die Kontrolle der Herrschaft schlechthin. Eine Berührung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im Bereich der Wirtschaftspolitik gibt es allenfalls in der Beurteilung des gemeinwirtschaftlichen Sektors, den die Kommunisten aber im Gegensatz zu den Sozialdemokraten nicht als ein Wettbewerbselement in einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit unterschiedlichen Formen des Produktionsmittel-Eigentums werten, sondern als Vorstufe zu einer vollen Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Der Stellenwert des gemeinwirtschaftlichen Bereichs ist bei ihnen somit ein anderer als bei den Sozialdemokraten.

Es ist interessant, daß die Kommunisten ihrerseits vorwiegend die Form des Staatseigentums an Produktionsmitteln gewählt haben. Und selbst soweit sie Genossenschaften bildeten, sind diese ohne konkrete Einwirkungsmöglichkeiten von unten nach oben geblieben (getreu dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“). Die Lage der Arbeitnehmer ist in dem ökonomischen System der kommunistischen Staaten aus den genannten Gründen nicht durch eine Festigung ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lebensgrundlage verbessert worden, sondern durch ein höheres Maß an Zuteilung von Lebenschancen durch die Partei- und Staatsführung. In den Bereichen des Gesundheitswesens, in der Ausbildung, im Wohnungsbau sind die Ergebnisse dabei hier und da besser als in westlichen Industrielän-

dern; im allgemeinen Verbrauch, in der Höhe des Lebensstandards, in der Altersversorgung und in der Qualität der privaten wirtschaftlichen Lebensführung bleiben die kommunistischen Staaten hingegen hinter den westlichen Industriekonkurrenten zurück.

Der entscheidende Unterschied liegt wiederum darin, daß Sozialchancen nicht vom einzelnen her ermöglicht und entwickelt werden, sondern von oben zugeteilt sind.

4. Die Sozialdemokraten gehen davon aus, daß unterschiedliche persönliche Grundüberzeugungen zum Sozialismus führen können und daß die Vielfalt und der Wettbewerb von Meinungen in der Partei eine Bedingung des Fortschritts ist.

Die Kommunisten erkennen nur den Marxismus/Leninismus als Ideologie an. Abweichungen werden als „Revisionismus“ und „Fraktionsbildung“ verurteilt.

Das Godesberger Programm der SPD erkennt christliche Überzeugung, marxistische Gesellschaftsanalyse oder philosophische Überzeugungen humanistischer Art als gleichberechtigte Zugänge zum freiheitlichen Sozialismus an, ohne damit einen abschließenden Katalog aufzustellen. Darin wird wiederum die Basis-Bedeutung personaler Überzeugungen und insofern des einzelnen Bürgers für die inhaltliche Orientierung einer sozialistischen Partei deutlich. Dies ist nicht nur deshalb in das Godesberger Programm aufgenommen worden, weil es den tatsächlichen Sachverhalt in der SPD widerspiegelt. Der eigentliche Grund für die Anerkennung unterschiedlicher Grundmotivationen liegt vielmehr darin, daß die SPD der Auffassung ist, ein Wettbewerb von Motivationen und Meinungen sei eine ausschlaggebende Bedingung für jeden intellektuellen und insoweit auch gesellschaftlichen Fortschritt. Das gilt insbesondere für die bisherige Einstellung des Sozialismus sozialdemokratischer Prägung zur Wissenschaft. Die SPD wertet die Wissenschaft nicht als eine Art von Erfüllungsgehilfin ihrer politischen Ideologie, sondern geht von einer prinzipiellen Offenheit der wissenschaftlichen Möglichkeiten aus. Logik, Empirie und Experiment entscheiden über die Qualität wissenschaftlicher Arbeit, nicht deren ideologische Vorgaben.

Dieser gewollte Pluralismus der Motivationen und Meinungen ist den Kommunisten fremd, wengleich er in der Praxis durchaus vorkommt (man denke an Ungarn 1956, Polen in den Jahren danach, die ČSSR 1968). Eine Abweichung von der herrschenden Lehre des Marxismus/Leninismus wird von den Kommunisten als „Revisionismus“ gebrandmarkt,

das organisatorische Hinarbeiten auf eine ideologische Differenzierung als „Fraktionsbildung“ verurteilt und bekämpft. Gerade hierin liegt einer der gravierenden Unterschiede insbesondere zur Linken innerhalb der Sozialdemokratie, die sich um die Möglichkeit der Fraktionsbildung innerhalb der SPD bemüht und unterschiedliche Interpretationen des Godesberger Programms, also einen „Revisionismus“, gestattet sehen möchte. Jedenfalls handelt es sich dann und so lange um eine entscheidende Differenz zur kommunistischen Ideologie und Praxis, als solche Forderungen innerhalb sozialdemokratischer Parteien nicht taktisch und nur bis zu dem Zeitpunkt gemeint sind, bis man andere parteiinterne Mehrheiten gebildet haben könnten.

5. In der Sozialdemokratie entscheidet die Mehrheit auf allen Ebenen der Partei über die Richtung der Politik. Eine Meinungsbildung von unten nach oben wird angestrebt.

In den kommunistischen Parteien wird mit Mehrheit nur in den höchsten Führungsgruppen entschieden, sonst überall einstimmig. Der demokratische Zentralismus (Lenin) sorgt für eine Meinungsbildung von oben nach unten.

Alle realsoziologischen Untersuchungen auch sozialdemokratischer Parteien bestätigen, daß die Meinungsbildung innerhalb etwa der SPD vielfach von oben nach unten und nicht umgekehrt verläuft. Dies hängt mit dem größeren Maß an möglichem Zeitaufwand für Politik, Sachverstand und politischer Erfahrung bei der jeweiligen Führung zusammen, aber es entspricht nicht dem Leitbild von innerparteilicher Demokratie, von dem die SPD eigentlich ausgeht. Infolgedessen bemüht sich die Sozialdemokratie in letzter Zeit sehr viel stärker, eine Meinungsbildung von unten nach oben zu ermöglichen. Dafür sprechen die Zahl und die größere Präzision von Anträgen zu den Parteitagen, die Nominierung von Parlamentskandidaten erst nach ausdrücklicher und ausführlicher politischer Diskussion mit verschiedenen Bewerbern, das Drängen nach mehr unmittelbarer Basisdemokratie.

Auf allen Ebenen der SPD wird schließlich mit Mehrheit entschieden — nicht darüber, was „wahr“ oder objektiv „richtig“ sei, sondern über die ganz andere Frage, was geschehen soll. Eben weil die SPD unterschiedliche Motivationen für politische Überzeugungen und gesellschaftliches Handeln nicht nur zuläßt, sondern für notwendig hält, kann sie nicht von einer vermeintlich objektiven Richtigkeit dieser oder jener politischen Strategie ausgehen oder sich darauf festlegen. Und aus

genau diesem Grunde ist die Mehrheitsentscheidung das einzige legitime und zugleich praktikable Mittel, um zu Entscheidungen zu kommen. Deshalb auch ist die innerparteiliche Opposition, also die jeweilige Minderheit, nicht mit „Revisionsmus“ oder „Fraktionsbildung“ im kommunistischen Sinne gleichzusetzen, sondern die Opposition — in der Partei und im Staat — ist die Alternative zur jeweiligen Mehrheit und kann prinzipiell den gleichen Anspruch auf mögliche Entfaltung für sich beanspruchen wie die Mehrheit.

Die Kommunisten entscheiden über ihre innerparteilichen Probleme auf völlig andere Weise. Ihr demokratischer Zentralismus führt dazu, daß lediglich in den obersten und engsten Führungszirkeln, den Politbüros und Zentralkomitees, mit Mehrheit entschieden wird, nach unten hin sonst überall aber einstimmig. Denn es wird ja nicht über eine mögliche Entscheidung befunden, sondern über eine vermeintlich objektiv „richtige“ Möglichkeit des Verhaltens eine Feststellung getroffen. Und da dies nach dem demokratischen Zentralismus Sache der Führung ist, kann die Meinungsbildung unterhalb der obersten Führung nur einstimmig erfolgen, also die Einsicht in die „Notwendigkeit“ auf diese Weise demonstrieren, was für Kommunisten wiederum mit ihrem Führungsbegriff und ihrem Freiheitsverständnis zusammenfällt. Eine ähnlich abgestufte „Demokratisierung“ findet sich in der Gegenwart nur noch in der katholischen Kirche, wo im personellen Bereich lediglich bei der Papstwahl demokratisch, sonst aber hierarchisch entschieden wird.

6. Die Sozialdemokraten gehen davon aus, daß zwischen dem gesellschaftlichen Sein und dem persönlichen oder Gruppenbewußtsein der Menschen ein Spannungsverhältnis besteht. Sie verzichten darauf, diesen Zustand in nur einer Richtung zu „objektivieren“.

Die Kommunisten versuchen, das Bewußtsein der Menschen der herrschenden Ideologie des Marxismus/Leninismus anzupassen. Die Widersprüche zwischen Sein und Bewußtsein werden dadurch real nicht aufgehoben, sondern verdrängt.

Selbstverständlich wissen die Sozialdemokraten aufgrund der sozialwissenschaftlichen Forschung seit Marx, daß das Bewußtsein der Menschen, also deren Vorstellung von sich selbst und von ihrer Umwelt, entscheidend von den gesellschaftlichen Bedingungen geprägt wird, unter denen sie jeweils leben. Die SPD weiß auch, daß für eine sozialistische

Entwicklung der Gesellschaft in ihrem Sinne eine entsprechende politische Bewußtseinsbildung erforderlich ist. Aber sie verzichtet bewußt darauf, dieses Bewußtsein mit Zwang und in nur einer einzigen inhaltlichen Bahn zu wollen oder zu fördern. Zudem geht sie davon aus, daß das „Sein“, also die gesellschaftlichen Umweltbedingungen, keineswegs nur in der Ökonomie begründet liegt, wenngleich die wirtschaftlichen Konditionen von oft ausschlaggebender Bedeutung für diesen Basisbereich sind.

Die Korrektur des bürgerlichen Denkens — das die Ökonomie weitgehend ausgeblendet hatte — durch den Marxismus hat hingegen bei den Kommunisten wiederum zu einer Überbetonung des Ökonomischen geführt. Biologische, psychologische, allgemein soziologische Faktoren, die sich mit dem ökonomischen Bereich zum gesellschaftlichen „Sein“ verbinden, entgehen ihrer Aufmerksamkeit oder werden durch die Brille der Ökonomie gesehen. Infolgedessen nehmen die Kommunisten die differenzierte Wirklichkeit des gesellschaftlichen „Seins“ nur durch ihren polit-ökonomischen Sehschlitz wahr und werden mit erkennbar werdenden Widersprüchen zwischen Sein und Bewußtsein wieder dadurch fertig, daß sie diese Widersprüche entweder nicht zur Kenntnis nehmen oder sie als „Übergangsschwierigkeiten“ auf dem Wege zum Sozialismus/Kommunismus interpretieren. Wo der Widerspruch zwischen Sein und Bewußtsein zu konkreten gesellschaftlichen Spannungen führt, werden diese mit den Mitteln der Erziehungsdiktatur oder notfalls offener Gewaltanwendung unterdrückt und beseitigt, gleichzeitig jedoch weiterhin als ideologisch nicht vorhanden verdrängt. Es ist der Scharfblick des Einäugigen, der sich hier zeigt.

7. Die Sozialdemokraten wirken der kapitalistischen Profitorientierung durch Mitbestimmung, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, gemeinwirtschaftliche Industriebereiche und gesellschaftliche Orientierung der Produktion im ganzen entgegen.

Die Kommunisten haben den privaten Profit aus Produktionsmitteln beseitigt und durch eine starke Differenzierung des Lebensstandards in den neuen Hierarchien ersetzt.

Die Sozialdemokraten orientieren sich in ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vorwiegend an der Frage, wie eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts erreicht werden könnte. Dies entspricht ihrer Tradition als Arbeiterpartei in einer zunächst eindeutig kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Neben einer möglichst gerechten Verteilung des So-

zialprodukts strebt die SPD nach einer vorrangigen Lösung der Gemeinschaftsaufgaben in den Bereichen der Infrastruktur unserer Gesellschaft. Bessere öffentliche Leistungen sind für die SPD wiederum zugleich ein Mittel zu größerer sozialer Gerechtigkeit. Hingegen ist die SPD an der unmittelbaren wirtschaftlichen Produktion historisch und mentalitätsmäßig weniger interessiert.

Die Kommunisten haben mit den Sozialdemokraten das Bedürfnis nach gerechter Verteilung des Sozialprodukts gemeinsam. Selbst die beträchtliche Differenzierung des Lebensstandards entlang der hierarchischen Abstufung in den kommunistischen Gesellschaften hat nicht so große Unterschiede im Lebensstandard hervorgebracht wie in den kapitalistischen Ländern. Sehr viel eindeutiger als die SPD sind die Kommunisten an einer Steigerung der Produktion interessiert. Dies verbindet sie mit den Kapitalisten in einem Teil der Zielsetzung, wenn auch nicht in der wirtschaftlichen Methodik und der gesellschaftlichen Einordnung dieses Zielaspekts.

Das gespannte Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Unternehmern hat in der Überbewertung der Verteilung gegenüber der Produktion ihre eigentliche und gewichtige Ursache. Zwar hat die SPD ideologisch und programmatisch ihren Frieden mit der Marktwirtschaft gemacht, aber sie betrachtet die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Gegensatz zu vielen Unternehmern nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck einer gerechten Verteilung des Geschaffenen. Kann man die Mentalität des normalen Kapitalisten technokratisch nennen in dem Sinne, daß ihm gesellschaftliche Zielvorgaben relativ gleichgültig sind, so ist das Wirtschaftsdenken der Sozialdemokratie vorwiegend basisfremd, insofern die wirtschaftliche Produktion unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang eben die entscheidende Grundlage für jede denkbare Infrastruktur- und Verteilungspolitik bleibt. Diese Produktionsfremdheit der SPD wird durch ihre Bindung zu den Gewerkschaften verstärkt und ist durch jahrzehntelange Opposition in der Bundesrepublik zusätzlich verfestigt worden. Aus dieser Haltung erklärt sich auch das Fehlen einer sozialdemokratischen Gesellschaftsstrategie, die die wirtschaftliche Produktion voll in ein solches Konzept mit hineinnimmt, einschließlich einer Antwort auf die Frage, wo denn die Motivation für wirtschaftliche Leistung liegen könnte und sollte. Doch immerhin hat die SPD hier einen ersten und wichtigen Schritt getan, indem sie sich für eine Politik der gleichen Chance entschieden

hat, nicht für eine solche der absoluten Gleichheit. Gleichheit der Chancen bedeutet Unterschiede im Resultat und damit die Bindung der größeren Leistungsfähigkeit und -bereitschaft an ein größeres Maß an Erfolg, auch im wirtschaftlichen Sinne. Soziale Gerechtigkeit und persönliche Leistung stehen dabei in einem Spannungsverhältnis zueinander, das die Sozialdemokratie bislang wiederum für sich nicht eindeutig bestimmt hat.

Die Kommunisten haben die Chance, der Bedeutung der wirtschaftlichen Produktion auszuweichen, von vornherein nicht gehabt. Sie konnten im Gegensatz zur Sozialdemokratie die Produktion nicht den Kapitalisten überlassen, weil sie die Produktionsmittel ja verstaatlicht hatten. Infolgedessen mußten sie, zunächst mit dem Mittel der zentralen Verwaltungswirtschaft, den Versuch unternehmen, auf der Basis verstaatlichter Produktionsmittel eine Industrieproduktion zu entwickeln. Das ist ihnen gelungen, wenngleich nicht so weitgehend wie den kapitalistischen Ländern. Die internationale Wettbewerbssituation gegenüber den kapitalistischen Staaten veranlaßt die Kommunisten dazu, eine Ausweitung der Produktion um jeden Preis ebenso anzustreben wie die Kapitalisten. Sie legen dabei das größere Gewicht auf die Grundstoffindustrien und die Investitionsgüter, während in den westlichen Ländern die Konsumgüterproduktion ein Übergewicht beansprucht. Die gesellschaftspolitische Zuordnung der Produktion zur Infrastruktur-Qualität ist erst seit einigen Jahren stärker in das kommunistische Wirtschaftsdenken aufgenommen worden. Auch Elemente der betrieblichen und persönlichen Leistungsdifferenzierung, in den kommunistischen Ländern „sozialistischer Wettbewerb“ genannt, deuten auf eine größere Beweglichkeit der zentralen Verwaltungswirtschaft hin. Gegenüber den Sozialdemokraten haben die Kommunisten in der Frage der wirtschaftlichen Produktion den Vorteil, daß sie die Bedeutung dieses Problems von vornherein ideologisch klar erkannt haben und aus diesem Grunde auch z. B. jeder Abschwächung des Leistungsgedankens unmißverständlich entgegengetreten sind. Sie wissen ebenso wie die Kapitalisten aus eigener Erfahrung besser als viele Sozialdemokraten, daß man einen Kuchen erst backen muß, bevor man ihn essen kann.

8. Für die Sozialdemokraten ist die Landesverteidigung ein „notwendiges Übel“, um durch ein militärisches Gleichgewicht den Frieden erhalten zu helfen. Ihr Ziel ist und bleibt dabei die Abrüstung beider Militärblöcke. Aus dem hohen Rang persönlicher Überzeugungen

des Bürgers gegenüber Erfordernissen des Staates haben sie neben der allgemeinen Wehrpflicht das Recht auf Wehrdienstverweigerung abgeleitet. Gleichzeitig suchen sie die innere Ordnung des Militärs in eine Beziehung zur demokratischen Grundordnung zu bringen: durch das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform.

Die Kommunisten betrachten und bewerten das Militär als Mittel zur Selbsterhaltung und zur Durchsetzung ideologischer Ziele. Bei den kommunistischen Großmächten kommt gelegentlich eine verhüllte, hegemoniale Machtpolitik hinzu. Eine Wehrdienstverweigerung gibt es nicht, weil die Gesellschaft und die herrschende Ideologie das Maß aller Dinge sind, nicht die Überzeugung des einzelnen. Eine streng hierarchische Ordnung in der Armee ist ebenso selbstverständlich wie in Staat und Partei.

Für die Sozialdemokraten war die Landesverteidigung über lange Jahrzehnte ein großes Streitthema. Die allgemeine Zielsetzung des Sozialismus, den Frieden zu wollen und zu sichern, hinderte viele Sozialdemokraten zu erkennen, daß eben dieser Frieden einstweilen nur durch ein militärisches Gleichgewicht gewahrt werden kann. Gleichwohl hat die erste sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ein entscheidendes Gewicht auf die internationale Abrüstung gelegt, und es kennzeichnet diese Politik, daß sie die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr und die Abrüstung als zwei Wege zum selben Ziel wertet.

Die Linke in der Sozialdemokratie neigt demgegenüber dazu, zwar die Abrüstung zu wollen, nicht aber die Bundeswehr. Dies ist bei manchen ein Ausdruck pazifistischer Grundhaltung, bei anderen mit deren erklärter oder verhüllter Absicht verbunden, den „Kapitalismus“ durch eine einseitige Abrüstung z. B. der Bundesrepublik im Wettbewerb mit den kommunistischen Gesellschaften zu schwächen. Ubereinstimmend hält die Sozialdemokratie hingegen an der Wehrdienstverweigerung als einer moralisch gleichwertigen Möglichkeit des Verhaltens gegenüber der allgemeinen Wehrpflicht fest.

In den kommunistischen Staaten ist die Armee nicht nur in den allgemeinen ideologischen Rahmen eingefügt. Gleichzeitig haben die kommunistischen Armeen, teilweise als Folge des Zweiten Weltkrieges, den Patriotismus und den Nationalismus als ideologische Bindemittel aktiviert. Der Rückgriff auf formale preußische Traditionen bei der „Nationalen Volksarmee“ in der DDR ist ein besonders augenfälliges Beispiel dafür. Die kommunisti-

schen Großmächte rechtfertigen den hegemonial bestimmten Einsatz ihrer militärischen Streitkräfte mit der internationalen Schutzfunktion, die den kommunistischen Führungsstaaten zufalle. Die Theorie vom Recht eines jeden kommunistischen Staates auf seinen eigenen Weg zum Sozialismus findet ihre Grenze an dieser übergreifenden Schutztheorie, deren völkerrechtliche Verbindlichkeit von Breschnjew zunächst behauptet, dann später in Jugoslawien wieder zurückgenommen und auf den ideologischen Grundgedanken beschränkt wurde. Die Sowjetunion hat von diesem Anspruch dennoch gelegentlich praktischen Gebrauch gemacht (man denke nur an den Einmarsch in die ČSSR 1968).

Von der Sozialdemokratie unterscheidet sich das militärische Denken der Kommunisten insgesamt durch den teilweise hegemonialen Funktionscharakter ihrer Armeen, durch den patriotischen Überbau und durch die strikte Bindung der Armee an das ideologisch vorgeprägte Prinzip von Befehl und Gehorsam.

9. Die Sozialdemokratie orientiert ihre politische Strategie der Demokratisierung an den Grundsätzen der gleichen Chance, der Transparenz, der Kontrolle, dem Mandat auf Zeit, der konkreten Partizipation von einzelnen und Gruppen und an der Vielfalt von Meinungen. Dafür ist ein Konfliktbewußtsein, die Emanzipation von einzelnen und Gruppen und deren Selbstverwirklichung notwendig. Bei den Kommunisten gibt es Ansätze zu einer solchen Demokratisierung theoretisch nur im Rätegedanken und praktisch lediglich in Jugoslawien.

Zwischen der Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit und den allgemeinen Werten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, wie sie das Godesberger Programm der SPD formuliert, hat die Sozialdemokratie in der Praxis ihrer Politik gesellschaftliche Strukturmaßstäbe entwickelt, die es erlauben, genauer zu bestimmen, auf welche Weise die drei Grundwerte realisiert werden können und woran dies gemessen werden soll. Faßt man die allgemeine Zielrichtung unter dem Stichwort der Demokratisierung der Gesellschaft zusammen, so bieten die Maßstäbe der gleichen Chance, der Kontrolle, der Transparenz, des Mandats auf Zeit, der Partizipation und der Vielfalt von Motivationen und Meinungen konkrete Möglichkeiten, um festzustellen, wieweit eine Gesellschaft demokratisiert ist oder nicht. Die Selbstverwirklichung der Menschen ist das angestrebte Resultat einer solchen gesellschaftspolitischen Strategie. Sie setzt wiederum ein Konfliktbewußtsein an

Stelle eines Harmoniedenkens voraus und muß die Emanzipation des einzelnen und von Gruppen im allgemeinen Kontext einschließen.

Ihre geschlossene Ideologie verführt andererseits die Kommunisten dazu, ihre Ordnung in gewisser Weise für einen — jedenfalls im Entwurf — harmonischen Endzustand der Geschichte zu halten. Sie erliegen damit in ähnlicher Weise einer unkritischen ideologischen Naivität wie hundert Jahre zuvor das liberale Bürgertum. Eine konkrete Demokratisierung, die sich an den bei der Sozialdemokratie wesentlichen Maßstäben orientiert und auf Selbstverwirklichung von Menschen und Gruppen gerichtet ist, findet sich bei den Kommunisten nur im Rätegedanken. Er ist in der Sowjetunion sehr bald durch eine straffe Hierarchie ersetzt worden und findet heute eine bescheidene Realitätschance nur noch in Jugoslawien, während z. B. in der kapitalistischen Bundesrepublik Elemente eines Räte-systems in der betrieblichen Mitbestimmung, in den Genossenschaften, an den Hochschulen, in der sozialen Selbstverwaltung vorhanden sind, sich dabei aber in den Rahmen einer parlamentarischen, pluralistischen Demokratie einfügen.

10. Gemeinsame Ziele von Sozialdemokraten und Kommunisten im Bereich der Ideologie und der Strategie gibt es nicht oder nur in Teilbereichen, die aber jeweils einen unterschiedlichen Stellenwert haben.

Die gemeinsamen Interessen von Sozialdemokraten und Kommunisten sollten dagegen in der Sicherung des Friedens, in der Abrüstung, der gemeinsamen Hilfe für die Dritte Welt und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit liegen.

Die konkrete inhaltliche Tatbestandsaufnahme der ideologischen Position von Sozialdemokraten und Kommunisten ergibt, daß ihre Prinzipien, ihre Motivationen und ihre Strategien sich vorwiegend deshalb kaum berühren, weil sie einen jeweils unterschiedlichen Stellenwert in den verschiedenen Bildern von einer wünschenswerten Ordnung der Gesellschaft haben. Das Gesellschaftsbild der Sozialdemokratie setzt auf die Spontaneität von Ideen und auf die Unverwechselbarkeit von Menschen, bei aller Anerkennung der gesellschaftlichen Vorformung und komplexen Verflechtung beider. Das Gesellschaftsbild der Kommunisten bestimmt die Rolle des Menschen und der Ideen nicht induktiv, sondern deduktiv von einer geschlossenen inhaltlichen Vorgabe her, der Ideologie des Marxismus/Leninismus.

Dies schließt nicht aus, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten, wenngleich aus teilweise unterschiedlichen Motiven, in der Friedenspolitik, in der Abrüstung und in der Hilfe für die Dritte Welt finden können. Auch eine engere wirtschaftliche Kooperation etwa zwischen den Staaten der EWG und des Comecon ist naheliegend. Aber eine solche Kooperation in wichtigen Fragen führt nicht zu einer ideologischen Annäherung beider Positionen. Nikita Chruschtschow hatte recht, als er 1957 den westlichen Ländern die ideologische Koexistenz anbot. Er meinte damit nicht das bloße Nebeneinander ideologischer Systeme, wobei er natürlich die Sozialdemokratie als Bestandteil des Kapitalismus auffaßte. Er

wollte den Koexistenzkampf mit friedlichen Mitteln, und die Sozialdemokratie muß darauf zugleich zwei Antworten geben: Sie muß diesen Wettbewerb bewußt aufnehmen, und sie muß sich sowohl gegenüber dem Kapitalismus als auch gegenüber dem Kommunismus als eine dritte Möglichkeit profilieren, die nach den Maßen einer sozialen Demokratie beschrieben und verstanden werden kann. So gesehen besteht kein Grund dafür, daß Sozialdemokraten ihren Wunsch unterdrücken müßten, die Welt weder kapitalistisch noch kommunistisch, sondern eben sozialdemokratisch zu sehen. Nicht zuletzt gehört eine solche Sicht sozialdemokratischer Theorie und Strategie in den Rahmen der Friedenspolitik.

Wie der Sozialdemokrat Ulrich Lohmar den objektiven Verlauf der Geschichte aufhalten will

Professor Ulrich Lohmar, Mitglied der SPD und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, veröffentlichte kürzlich zehn Thesen zum Thema „Sozialdemokratie und Kommunismus“¹⁾. Er will damit nachweisen, daß es zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus keine ideologische Koexistenz geben kann. Im Interesse einer entschiedenen Abgrenzung der Sozialdemokratie vom Kommunismus fordert er, daß die „Sozialdemokratie... den Wettbewerb mit den Kommunisten bewußt aufnehmen, und... sich sowohl gegenüber dem Kapitalismus als auch gegenüber dem Kommunismus als eine dritte Möglichkeit profilieren“ muß (These 10). Die weiteren Betrachtungen werden zeigen, auf welche Weise Lohmar diese Aufgabe zu lösen versucht und worin der Inhalt jener „dritten Möglichkeit“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus besteht.

Bevor auf seine Thesen näher eingegangen wird, ist die Feststellung notwendig, daß sich Lohmar sehr zu Unrecht als Sprecher der ganzen Sozialdemokratie ausgibt. Er ist weder berechtigt im Namen der internationalen Sozialdemokratie noch für die ganze SPD zu sprechen. Innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung zeichnen sich in allen Grundfragen der Ideologie und Politik immer deutlicher tiefgreifende Differenzen ab. „Einige ihrer Führer sind auf die Positionen der Verteidigung des Monopolkapitals und des Imperialismus übergegangen. Andere dagegen sind eher geneigt, die Forderungen der werktätigen Massen auf ökonomischem und sozialem Gebiet und in der Frage des Kampfes um Frieden und Fortschritt zu berücksichtigen“²⁾. Während die rechte Führung einiger sozialdemokratischer Parteien, z. B. der SPD, jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnt und ihre Mitglieder, die dem zuwiderhandeln, mit dem Parteiausschluß bedroht³⁾,

wächst bei den Führern anderer sozialdemokratischer Parteien — trotz Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen Fragen — die Bereitschaft, im Interesse des werktätigen Volkes enger mit den Kommunisten, der stärksten revolutionären Kraft unserer Zeit, zusammenzuarbeiten.

Welche Kräfte innerhalb der internationalen Sozialdemokratie repräsentiert Ulrich Lohmar, und in wessen Interesse verfaßte er seine Thesen?⁴⁾. Die folgenden Betrachtungen sollen Antwort auf diese Fragen geben. Dabei kann es im Rahmen eines solchen Aufsatzes nicht darum gehen, jede Äußerung Lohmars zu analysieren. Das Ziel besteht vielmehr darin, seine politisch-ideologischen Grundpositionen sichtbar zu machen und daraus einige Schlußfolgerungen abzuleiten.

I

„Das Maß aller Dinge“, so überschreibt Ulrich Lohmar seine erste These, in der er den Versuch unternimmt, die gesellschaftspolitischen Ziele der Sozialdemokratie und des Kommunismus gegenüberzustellen. Schon hier werden die Stoßrichtung und der Charakter der Lohmarschen Thesen überhaupt sichtbar, denn er stellt die Ziele des Kommunismus in einer Weise dar, die weder mit den Grundsätzen der marxistisch-leninistischen Lehre noch mit dem real existierenden Sozialismus etwas gemein hat.

Deshalb sei zunächst festgestellt: Für die Kommunisten ist „das Maß aller Dinge“ spätestens seit der Veröffentlichung des kommunistischen Manifestes durch Marx und Engels klar. Es ist die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse. Ihr Inhalt ist es, das längst überlebte kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen im Klassenkampf zu überwinden und den Sozialismus/Kommunismus zu errichten. Im Mittelpunkt aller Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien steht der werktätige Mensch mit seinen vielseitigen Bedürfnissen und seiner Sehnsucht nach einem Leben in Frieden und sozialer Geborgenheit. Die Kom-

⁴⁾ Vgl. G. Kalex/H. Klug, Das ‚strategische Zielbündel‘ des Herrn Lohmar, *Einheit*, 1972, S. 907 ff. [In dieser Beilage abgedruckt auf S. 21 ff., d. Red.]

¹⁾ Vgl. Die Zeit vom 21. 4. 1972, S. 56. Alle folgenden Zitate entstammen dieser Quelle und werden daher nicht noch einmal ausgewiesen.

²⁾ Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Berlin 1969, S. 193.

³⁾ Vgl. A. Norden, Gesellschaftspolitische Auffassungen im Widerspruch zu Arbeiterinteressen, *Einheit*, 1972, S. 727 ff.

munisten kämpfen für eine Gesellschaftsordnung, die frei ist von den knechtenden Bedingungen des Kapitals, in der die dem Kapitalismus wesenseigene Entfremdung des Menschen überwunden ist, und die es dem Menschen erlaubt, über seine Geschicke selbst zu bestimmen, seine menschlichen Qualitäten zum eigenen Nutzen und zum Nutzen der ganzen Gesellschaft voll auszuprägen. Diese Gesellschaftsordnung ist seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution nicht mehr lediglich ein papierenes Programm, sondern hat in den sozialistischen Ländern in den Grundzügen konkrete Gestalt angenommen und dokumentiert immer überzeugender ihre allseitige Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus.

Was hat dagegen die rechte Sozialdemokratie als „Maß aller Dinge“ zu bieten? Nach Ulrich Lohmar geht sie aus „von den moralischen Werten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität“ und entwickelt „auf Grund der jeweiligen gesellschaftlichen Situation daraus politische Strategien“. Derartige Ziele verkünden rechte Sozialdemokraten seit mehr als acht Jahrzehnten. Man findet sie bei Bernstein und Kautsky ebenso wie bei Ebert, Scheidemann und Noske. Es erhebt sich jedoch die Frage, was in Verfolgung dieser Ziele für die Arbeiterklasse herausgekommen ist und wem die von rechten Sozialdemokraten entwickelten „politischen Strategien“ nutzen bzw. nutzen. Legt man diesen Maßstab an, so erweist sich das Lohmarsche „Maß aller Dinge“ als Phrase, berechnet auf die Irreführung des werktätigen Volkes.

In den letzten fünfzig Jahren haben rechte sozialdemokratische Führer mehrfach die Regierungsgeschäfte in kapitalistischen Staaten ausgeübt. Aber noch nirgends verwirklichten sie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die nach Lohmar zu den „wesentlichen Leitmotiven des freiheitlichen Sozialismus“ gehören. Im Gegenteil, stets dienten die von ihnen entwickelten „politischen Strategien“ der Erhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Die rechten Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Noske, die schon vor fünfzig Jahren vom „freiheitlichen Sozialismus“ redeten, spielten in der praktischen Politik die Rolle eines Arztes am Krankenbett des Kapitalismus. Ihr Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse trug entscheidend zu deren Niederlage in der Novemberrevolution bei. Indem sie die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus und Krieg verhinderten, leisteten sie der Machtergreifung durch den Hitlerfaschismus Vorschub.

Was hat die SPD, deren Mitglied Ulrich Lohmar ist, in den bisherigen drei Jahren ihrer Regierungszeit für die Verwirklichung der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität in der BRD getan? Sie hat an den monopolkapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen nicht das Geringste geändert. Rechte sozialdemokratische Führer bekennen sich in aller Öffentlichkeit zum staatsmonopolistischen Herrschaftssystem und versichern der Monopolbourgeoisie immer wieder, daß sie nicht die Absicht haben, dieses System in irgendeiner Weise anzutasten. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich der Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals unter der SPD/FDP-Regierung noch beschleunigt hat. Während Ulrich Lohmar von Freiheit und Gerechtigkeit spricht, gehen die Steuer- und Preiserhöhungen unvermindert weiter, bleibt die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nach wie vor unerfüllt. Statt dessen wurde ein neues Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet, das faktisch jede politische Betätigung der Arbeiter in den Betrieben unmöglich macht⁵⁾.

Auch in solchen imperialistischen Ländern wie Großbritannien, Schweden, Österreich und Israel, wo rechte Sozialdemokraten regierten oder noch regieren, sind die monopolkapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse in keiner Weise eingeschränkt und ist die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital nicht beseitigt worden. Vielmehr haben sich auch in diesen Ländern die Gegensätze zwischen einer kleinen Schicht von Industrie- und Finanzmagnaten und der Mehrheit der werktätigen Menschen weiter vertieft.

Betrachtet man diese Tatsachen im Zusammenhang, so wird sichtbar, daß für rechte Sozialdemokraten das „Maß aller Dinge“ nicht die Lebensinteressen des werktätigen Volkes sind, sondern die Erhaltung und Festigung der historisch überlebten kapitalistischen Produktionsweise. Die moralischen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Lohmar immer wieder beschwört, sind ihres tiefen humanistischen Gehalts beraubt und zu Parolen der geistigen Manipulierung der Volksmassen geworden. Wenn Lohmar und seinesgleichen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sprechen, dann geht es in Wirklichkeit um die Freiheit der Ausbeutung, die Verewigung der Ungerechtigkeit des Ka-

⁵⁾ Vgl. J. Dötsch, „Zum Inkrafttreten eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes in der BRD, Staat und Recht, 1972, S. 756 ff.

pitalismus und um eine „Solidarität“ im Sinne der „Integration“ des werktätigen Volkes in das imperialistische System sowie den Kampf gegen alle diejenigen, die dieses System auf revolutionäre Weise überwinden wollen.

II

Der Marxismus-Leninismus gründet sich auf die durch die gesellschaftliche Praxis vielfach bestätigte Erkenntnis, daß das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln, besonders in seiner monopolkapitalistischen Form, das ökonomische Fundament darstellt, von dem aus einige wenige große Monopolgruppen das ganze gesellschaftliche Leben beherrschen. Gestützt auf den ungeheuren Reichtum, den die Monopolbourgeoisie in vielen Jahrzehnten aus der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen herausgepreßt hat, kauft oder stürzt sie Regierungen, besticht sie Politiker und Abgeordnete, finanziert sie neonazistische Parteien und Organisationen, beherrscht sie die Massenmedien, zettelt sie Staatsstürze und konterrevolutionäre Umstürze an und dirigiert sie die ganze Staatspolitik. Wenn in der BRD solche Unternehmerverbände wie der „Bundesverband der Deutschen Industrie“, der „Deutsche Industrie- und Handelstag“ und die „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ maßgeblichen Einfluß auf die Staatspolitik nehmen und sie im Interesse der Monopolbourgeoisie lenken, wenn jedes Gesetz von einiger Bedeutung faktisch durch ihre Zensur geht, so deshalb, weil sie als die strategischen Leitzentralen der Finanzoligarchie die Eigentümer an den entscheidenden Produktionsmitteln repräsentieren. Der einzige Ausweg für die Arbeiterklasse besteht darin, das Eigentum der Monopolgewaltigen zu vergesellschaften und in Gestalt der Diktatur des Proletariats ihre eigene politische Macht zu errichten.

Ulrich Lohmar vertritt eine andere Konzeption. In These 3 heißt es: „Die Sozialdemokraten wollen in der Eigentumsfrage durch eine soziale Verpflichtung des Eigentums, durch den Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors, durch die Kontrolle wirtschaftlicher Macht und durch Vermögen in Arbeitnehmerhand den kapitalistischen Sektor abbauen.“ Und weiter heißt es: „Die soziale Verpflichtung, schon vom Grundgesetz vorgegeben, und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wollen den einzelnen einmal an gesellschaftlichen Bindungen orientieren, ihm zum anderen aber Eigentum als eine der denkbaren Voraussetzungen für mehr persönliche Freiheit vermitteln.“

Lohmar stellt fest, daß die „soziale Verpflichtung des Eigentums“ schon vom Grundgesetz vorgegeben wurde. Das Grundgesetz ist jedoch schon mehr als zwanzig Jahre alt. Wie hat sich diese „Verpflichtung“ auf die Lage der Arbeiterklasse in der BRD ausgewirkt? Die Politik der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ wird in der BRD seit mehr als fünfzehn Jahren betrieben. Was hat die Arbeiterklasse der BRD dadurch an Freiheit gewonnen? Solange die BRD existiert, gibt es dort einen umfangreichen staatlichen Sektor in der Wirtschaft, verfügt der Staat über etwa 40 Prozent des Nationaleinkommens. Ist es gelungen, mit Hilfe der ökonomischen Potenzen des Staates und seiner Machtmittel den „kapitalistischen Sektor abzubauen“ und „politisch in den Griff zu bekommen“, wie sich Lohmar ausdrückt?

Die Verhältnisse in der BRD zeigen etwas anderes. Sie bestätigen die marxistisch-leninistische Erkenntnis, daß sich das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln solange erweitert reproduziert, bis die ökonomische und politische Macht der Monopole durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten des werktätigen Volkes überwunden wird. Gerade in der BRD hat der Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals bisher nie gekannte Ausmaße angenommen. Nur 0,42 Prozent aller Aktiengesellschaften verfügen über 58,5 Prozent des gesamten Aktienkapitals der BRD. Die Zahl der Aktiengesellschaften mit mehr als 100 Millionen DM entwickelte sich von 37 im Jahre 1954 auf 102 im Jahre 1970. Im Jahre 1954 gab es in der BRD nur 5 Aktiengesellschaften mit mehr als 3000 Millionen DM Grundkapital. Bis zum Jahre 1969 war diese Zahl auf 33 angestiegen. Fanden im Jahre 1959 nur 15 Großfusionen kapitalistischer Unternehmen statt, so waren es im Jahre 1970 bereits 505⁶⁾.

Ulrich Lohmar spricht von „sozialer Verpflichtung des Eigentums“. Tatsächlich hat aber die unsoziale kapitalistische Ausbeutung zu einer Profitexplosion größten Ausmaßes geführt. Setzt man für das Jahr 1950 = 100 Prozent, so entwickelten sich der Reallohn pro Arbeiter und Angestellten in der BRD auf 232, die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen auf 330 und die Profite je Kapitalist auf 678 Prozent⁷⁾. Die Tatsache, daß es in der BRD einige Hunderttausend „Volksaktionäre“

⁶⁾ Vgl. Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S. 132 ff.

⁷⁾ Vgl. a. a. O., S. 372.

gibt, hat die Arbeiter weder freier gemacht — nicht einmal die „Volksaktionäre“ — noch konnte damit die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln die Quelle von Wirtschaftskrisen, Inflationen und sozialer Unsicherheit darstellt. Als Eigentümer der Produktionsmittel sind die Monopolherren nach wie vor in der Lage, Arbeiter aus dem Produktionsprozeß hinauszurationalisieren, massenhaft auszusperrern, wegen politischer Betätigung zu entlassen und bei Betriebsstillegungen ganze Belegschaften auf die Straße zu setzen. Wie der Skandal bei der Einstellung der Westberliner Zeitung „Telegraf“ anschaulich beweist, stehen rechte sozialdemokratische Führer bei der Anwendung solcher Praktiken der Monopolbourgeoisie in nichts nach. Dieselben rechten Sozialdemokraten, die von der sozialen Verpflichtung des Eigentums reden, machen die Belegschaft eines ganzen Unternehmens über Nacht arbeitslos.

Ebenso unsinnig ist die Version Lohmars, das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln mit Hilfe des „gemeinwirtschaftlichen Sektors“ und durch die staatliche „Monopolkontrolle“ abbauen zu wollen. Das Staatseigentum an den Produktionsmitteln ist im Kapitalismus eine Art Kollektiveigentum der Monopolbourgeoisie, denn der bürgerliche Staat ist der Staat der Monopole. Beides wurde von der Monopolbourgeoisie nicht geschaffen, um ihre ökonomische Macht einzuschränken, sondern um sie weiter auszudehnen. Die Praxis in der BRD zeigt das anschaulich. Der Staat schränkt nicht die Macht der Monopole ein, sondern fördert durch seine Steuer-, Preis- und Kreditpolitik den Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals. Der staatliche Sektor ist kein Hindernis für die Monopole, sondern die Staatsunternehmen verschaffen den Monopolbetrieben durch Vorzugspreise, Sondertarife und auf verschiedene andere Weise zusätzliche Profite.

So erweist sich die ganze Lohmarsche Eigentumskonzeption als Bluff. In keinem kapitalistischen Land haben es rechtssozialistische Reformkonzeptionen vermocht, den ausbeuterischen Charakter des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln zu beseitigen und die ökonomische Macht der Monopole auch nur einzuschränken. Das ist auch nicht das Ziel der Eigentumspolitik rechter sozialdemokratischer Führer. Ihnen geht es ausschließlich darum, das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln gegen alle Zugriffe seitens der Arbeiterklasse zu schützen. Nur in diesem Rahmen sind sie bereit, dessen

schlimmste soziale Auswirkungen zu mildern. In diesem Zusammenhang erhebt sich jedoch die Frage, warum Lohmar mit seinen Formulierungen von der Eigentumskonzeption des Godesberger Programms abweicht. Dort heißt es bekanntlich: „Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf den Schutz der Gesellschaft, wenn es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.“⁸⁾

Lohmar dagegen spricht vom „Abbau des kapitalistischen Sektors“. Offensichtlich geht es ihm darum, dem wachsenden Unbehagen hinsichtlich der verstärkten Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals entgegenzuwirken und die SPD wieder stärker als angeblich „dritte Kraft zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ aufzuwerten.

Die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern hat unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien und ausgehend von den objektiven Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung die hauptsächlichen Produktionsmittel, die Banken und Bodenschätze in gesellschaftliches Eigentum, in das Eigentum des ganzen Volkes überführt. Daraus ist durch den Fleiß und die Schöpferkraft des werktätigen Volkes im Verlauf weniger Jahrzehnte die gewaltige ökonomische Basis des Sozialismus entstanden, die gegenwärtig nahezu 40 Prozent der Weltindustrieproduktion hervorbringt.

Es entspricht völlig der Logik der antikommunistischen Grundkonzeption Ulrich Lohmars, daß er diese Tatsachen ignoriert und das Wesen des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln entstellt. Er führt seine Angriffe gegen die sozialistische Eigentumsordnung ebenso einfältig wie alle anderen Antikommunisten. Um die völlig neue Qualität des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln zu verschleiern, bezeichnet er es einfach als Staatseigentum und fügt die Bemerkung hinzu, daß auf seiner Basis „die Lage des Arbeiters nicht notwendig besser“ werde. Er will den Eindruck hervorrufen, daß die Arbeiterklasse auf dieses Eigentum keinerlei Einfluß habe. Deshalb unterstellt er den Kommunisten, sie würden die „Kontrolle von unten nach oben verneinen... aus den gleichen ideologischen Gründen wie die Kontrolle der Herrschaft schlechthin“.

Lohmar geht es ganz offensichtlich nicht darum, um mit Marx zu sprechen, „ob dies oder

⁸⁾ Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitag der SPD vom 13.—15. 11. 1959 in Bad Godesberg, S. 530.

jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem" ist⁹⁾). Deshalb verschweigt er, daß in den sozialistischen Ländern, im Gegensatz zum Kapitalismus, die Arbeiterklasse nicht nur den Staat kontrolliert, sondern im Bündnis mit anderen Klassen und Schichten des werktätigen Volkes selbst die Staatsmacht ausübt und damit auch die Wirtschaft leitet. Wäre er unbefangen an die Beurteilung des Sozialismus herangegangen, dann hätte ihm nicht verborgen bleiben können, daß sich die Lage der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln gegenüber der Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern grundlegend verändert hat.

Das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln ermöglicht die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft. Verbunden mit der politischen Macht der Arbeiterklasse, befreit es die Werktätigen von der kapitalistischen Ausbeutung und der aus dieser folgenden sozialen Unsicherheit überhaupt. Auf seiner Grundlage entwickelt sich eine völlig neue Einstellung zur Arbeit. Die Arbeit verwandelt sich zunehmend aus einer Last zu einem gesellschaftlichen Bedürfnis. An die Stelle des kapitalistischen Wolfsgesetzes, nach dem der Mensch des Menschen Feind ist, entwickeln sich Produktionsverhältnisse der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe. Die in den sozialistischen Betrieben erwirtschafteten Gewinne dienen nicht der Bereicherung einer Minderheit, sondern der allseitigen Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage des werktätigen Volkes. Das vom 5. Plenum des ZK der SED verkündete sozialpolitische Programm ist ein überzeugender Beweis dafür.

Gerade diese Tatsachen machen den Sozialismus für die Werktätigen im kapitalistischen Teil der Welt immer anziehender und beflügeln ihren Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Daran vermögen antikommunistische Verleumdungen, gleichgültig, von wem sie produziert und propagiert werden, auf die Dauer nichts zu ändern.

III

Für Marxisten—Leninisten ist der Übergang der Staatsmacht aus den Händen der Monopolbourgeoisie in die Hände der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten die Grundbedingung für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, für die Schaffung des Sozialis-

mus/Kommunismus. Sie gehen von der geschichtlichen Erfahrung aus, daß die Monopolbourgeoisie ihre politische Macht mit niemandem teilt und die Staatsgewalt stets dazu benutzt, die revolutionären Kräfte niederzuhalten und den gesellschaftlichen Fortschritt zu verhindern.

Die Entwicklung in den imperialistischen Ländern bestätigt die marxistisch-leninistische Erkenntnis, daß der Staat unter den Bedingungen der Herrschaft der Monopole systematisch zum umfassenden Instrument der Unterdrückung des werktätigen Volkes ausgebaut wird. Die herrschenden Monopolgruppen setzen die Machtorgane des Staates zur Realisierung ihrer Profitinteressen und Expansionspläne ein. Die wachsende Rolle des imperialistischen Staates bei der Beherrschung der Volksmassen durch die Finanzoligarchie ist eine gesetzmäßige Folge der Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismus.

Was hat Ulrich Lohmar seinen Lesern angesichts dessen in der Staatsfrage zu bieten? Zunächst muß festgestellt werden, daß er im Hinblick auf das kapitalistische System die Verwendung des Begriffs Staat weitgehend vermeidet und statt dessen von „Herrschaftsformen“ spricht, die „demokratisch legitimiert und ... gleichzeitig durch Demokratisierung“ allmählich abgebaut werden müßten, „soweit dies vor allem in überschaubaren Lebensbereichen möglich ist“ (These 2). Unter „demokratisch legitimiert“ versteht Lohmar, „daß niemand Herrschaftspositionen ohne die Zustimmung anderer einnehmen soll. Nicht von oben, sondern von unten soll die Legitimation erfolgen.“ Seiner Meinung nach können sich die Menschen „natürlich in einer solchen Beziehung nur mittelbar verwirklichen“. „Wo und auf welche Weise dies unmittelbar geschehen könnte“, sei „ein entscheidendes Problem sozialdemokratischer Gesellschaftstheorie“.

In wessen Händen wird sich nach dieser „demokratischen Legitimierung der Herrschaftsformen“ die Staatsmacht befinden, und was soll für das werktätige Volk dabei herauskommen? Wer soll die gegenwärtigen imperialistischen Herrschaftsformen abbauen? Lohmar gibt auf diese Fragen keine Antwort. Er kann es auch nicht, weil er den Kapitalismus verteidigt und durch seine idealistische Betrachtungsweise jene objektiven Prozesse, die zur Herausbildung des Staates geführt haben und seine Existenz und Rolle im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus bedingen, nicht zu erfassen vermag. Weil er

⁹⁾ K. Marx, Das Kapital. Erster Band, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 21.

im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus die Grundfrage der Philosophie, die Frage nach dem Verhältnis von Sein und Bewußtsein, idealistisch beantwortet, tritt in seinen Staatsauffassungen an die Stelle des real existierenden Klassenkampfes das idealistische Wunschbild von der Klassenharmonie, der Klassenversöhnung, dem Ausgleich der unterschiedlichen und antagonistischen Klasseninteressen¹⁰⁾. Der Staat ist für ihn nicht das politische Hauptinstrument zur Klassenaus-einandersetzung, sondern lediglich ein „real-soziologisches Faktum der Herrschaft“, die nur demokratisch „legitimiert“ zu werden brauche.

Woran soll man erkennen, ob die Herrschaft demokratisch legitimiert ist? Lohmar antwortet darauf, daß die Sozialdemokratie „in der Praxis ihrer Politik gesellschaftliche Strukturmaßstäbe entwickelt (habe), die es erlauben, genauer zu bestimmen, auf welche Weise die drei Grundwerte (Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität — A. W.) realisiert werden können und woran dies gemessen werden soll. Es seien dies die „Maßstäbe der gleichen Chance, der Kontrolle, der Transparenz, des Mandats auf Zeit, der Partizipation und der Vielfalt von Motivationen und Meinungen...“. Bei ihrer Anwendung werde sichtbar, wie weit eine Gesellschaft demokratisiert ist oder nicht (These 9).

Diese Maßstäbe sind für eine wissenschaftliche Gesellschaftsanalyse untauglich, denn sie klammern die Grundfragen aus, um die es geht, nämlich die Fragen, in wessen Eigentum sich die Produktionsmittel befinden und welche Klasse die politische Macht ausübt. Statt dessen orientieren sie auf eine Reihe abgeleiteter Fragen. Aber selbst wenn man die Gesellschaftsverhältnisse in der BRD mit den Lohmarschen Maßstäben mißt, wird der apologetische Charakter seiner Konzeption sichtbar.

Wie steht es in der kapitalistischen Praxis mit der „Chancengleichheit“? Von ihr kann weder in der BRD noch in einem beliebigen anderen imperialistischen Land die Rede sein. Arbeiterklasse und Bourgeoisie können aufgrund ihrer ungleichen Stellung zu den Produktionsmitteln und zur politischen Macht nicht die gleichen Chancen haben. Die Arbeiter erhalten nach wie vor nur den Wert ihrer Ware Arbeitskraft bezahlt, während sich die

Kapitalisten die Mehrarbeit der Lohnarbeiter unbezahlt aneignen. Das bürgerliche Bildungsprivileg hindert die Arbeiterklasse wie eh und je, ihre Fähigkeiten und Talente voll auszubilden. Die Gleichberechtigung der Frauen und Mädchen steht bestenfalls auf dem Papier. In der kapitalistischen Wirklichkeit gehören Rassendiskriminierung und Mißachtung nationaler Minderheiten zur täglich geübten Praxis.

Lohmar spricht von „Kontrolle und Transparenz“. Aber wer kontrolliert im Kapitalismus wen? Die Finanzoligarchie verfügt über die entscheidenden Produktionsmittel und bestimmt die Staatspolitik. Über ein umfangreiches Netz von Organisationen und Vertrauensleuten steuert und kontrolliert sie alle wichtigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, während die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften von der Teilnahme an der Staatspolitik und deren Kontrolle ausgeschlossen sind. Die im Kapitalismus agierenden Massenmedien, die Rechnungshöfe, die Ämter für Statistik und andere Instrumente imperialistischer Politik haben nicht die Aufgabe, das System „transparent“ zu machen, sondern sein reaktionäres Wesen zu verschleiern. Zu diesem Zweck unterhält die Monopolbourgeoisie auch zahlreiche ideologische Zentren und Agenturen, deren Aufgabe darin besteht, das Volk geistig zu manipulieren.

Wie steht es mit dem von Lohmar gerühmten „Mandat auf Zeit“? Es erweist sich bei näherer Betrachtung als eine Einrichtung imperialistischer Politik. In der Hoffnung auf eine Politik des Friedens und der Demokratie wählt das werktätige Volk in den kapitalistischen Ländern in gewissen Abständen eine Anzahl von Abgeordneten. Da es sich jedoch um ein imperialistisches Wahlsystem handelt, gelangen politische Kräfte in die Parlamente, die einer solchen Politik entgegenwirken. In der BRD z. B. ist der Abgeordnete nicht seinen Wählern verantwortlich, sondern „seinem Gewissen“. Das Bonner Grundgesetz stellt den Abgeordneten bewußt neben und über das Volk und macht ihn zum Instrument hinter den Kulissen agierender Kräfte des Monopolkapitals. Die Begleitumstände der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch den Bundestag offenbarten das Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus mit aller Deutlichkeit. Da enthielten sich Abgeordnete der Stimme, als es darum ging, Verträge zu ratifizieren, die den Frieden für das Volk sicherer machen. Da wurden Mandate gekauft und verkauft wie jede andere Handelsware, und Abgeordnete konnten,

¹⁰⁾ Vgl. Thesen „Zur Kritik der Staats- und Rechtsauffassungen des Sozialdemokratismus in der BRD“, Staat und Recht, 1971, S. 1090, 1547, ausgearbeitet von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Arno Winkler.

ohne sich verantworten zu müssen, zu den Feinden der Entspannung überlaufen. Unter dem Deckmantel der Sicherung der Demokratie werden verfassungsändernde Gesetze verabschiedet, die das Ziel verfolgen, im Bedarfsfalle die Reste der bürgerlichen Demokratie zu liquidieren.

Nicht anders verhält es sich mit der von Lohmar bemühten „Partizipation und Vielfalt von Motivationen und Meinungen“. Die Tatsachen zeigen, daß die Monopolbourgeoisie den „Pluralismus der Meinungen“ nur zuläßt, wenn dadurch die Existenz ihres Systems nicht gefährdet wird. Wie sollte man sonst das Verbot der KPD und anderer demokratischer Organisationen und das unter maßgeblicher Mitwirkung rechter sozialdemokratischer Führer erlassene Verbot verstehen, das den Kommunisten und anderen demokratischen Kräften der BRD den Zugang zu Positionen im öffentlichen Leben verwehrt? Welchen Sinn könnte es sonst haben, wenn bürgerliche Theoretiker die Auffassung verbreiten, daß der „Pluralismus“ der Interessen und Meinungen stärker der Anerkennung eines „einheitlichen Wertkodexes“, einer „regulativen Idee“ oder eines „Consensus omnium“ untergeordnet werden müsse? Lohmar umgeht die Beantwortung dieser Fragen, weil sie die Phrasenhaftigkeit seiner Thesen offenbaren würde.

Ulrich Lohmar wirft den Kommunisten mangelndes Demokratieverständnis vor. „Eine konkrete Demokratisierung, die sich an den bei der Sozialdemokratie wesentlichen Maßstäben orientiert (siehe oben — A. W.) und auf Selbstverwirklichung von Menschen und Gruppen gerichtet ist,“ finde sich bei den Kommunisten nur in der Räteidee. Diese sei in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern, außer Jugoslawien, durch eine „straffe Hierarchie ersetzt worden“. Demgegenüber seien „Elemente eines Räte-systems“ in der „kapitalistischen Bundesrepublik... in der betrieblichen Mitbestimmung, in den Genossenschaften, an den Hochschulen, in der sozialen Selbstverwaltung vorhanden“, die sich aber „in den Rahmen einer parlamentarischen, pluralistischen Demokratie einfügen“ würden (These 9). Mit kaum zu überbietender Ironie hält Lohmar hier seine Leser zum Narren. Er stellt die Tatsachen ungeniert auf den Kopf. Die bürgerliche Demokratie, die schon Lenin als „eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen“¹¹⁾ entlarvte, wird von Lohmar als Grundlage für die

„Selbstverwirklichung des Menschen“ ausgegeben. Die real existierende sozialistische Demokratie wird dagegen bewußt entstellt.

Zwischen dem Demokratieverständnis Ulrich Lohmars und dem der Marxisten-Leninisten bestehen in der Tat unüberbrückbare Gegensätze. Für den Marxismus-Leninismus ist die Demokratie nicht lediglich ein trügerisches Spiel mit schönklingenden Worten wie für Ulrich Lohmar, sondern Gegenstand ernsthaften politischen Kampfes für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Sie lassen sich nicht dazu verleiten, den bürgerlichen Parlamentarismus, bei dem hinter demagogischen Wortgefechten und einer pseudodemokratischen Fassade stets die Interessen der Monopolbourgeoisie triumphieren, als Demokratie für das werktätige Volk anzusehen.

Unter der Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien wurden in den sozialistischen Ländern alle Schranken niedergerissen, die das werktätige Volk daran hindern, in demokratischer Selbstbestimmung seine eigenen Geschicke zu gestalten. Alle entscheidenden Gesetze sind Gegenstand umfangreicher Volksaussprachen. Durch die aktive und vielgestaltige Mitwirkung an allen wichtigen Staatsangelegenheiten, durch viele kluge Vorschläge und Ideen nehmen die Bürger in den sozialistischen Ländern Einfluß auf das Leben der Gesellschaft. In der kapitalistischen Welt, die Ulrich Lohmar verteidigt, gibt es nichts dergleichen. Dort beklagen bürgerliche Ideologen die um sich greifende „Staatsverdrossenheit“ großer Teile der Bevölkerung, die die sich vertiefende Kluft zwischen dem Staat der Monopole und den Lebensinteressen des werktätigen Volkes widerspiegelt. Es ist wohl auch diese „Staatsverdrossenheit“, die Lohmar veranlaßt, zur Manipulierung der Bevölkerung der BRD von der Notwendigkeit der „demokratischen Legitimierung der Herrschaftsformen“ zu sprechen.

IV

W. I. Lenin hob hervor, daß eine Revolution nur dann etwas wert ist, wenn sie sich zu verteidigen versteht¹²⁾. Die von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten geschaffene Armee, so stellte er fest, „ist berufen, die Errungenschaften der Revolution, unsere Volksmacht, die Sowjets der Soldaten-, Arbeiter- und Bauerndeputierten, die ganze neue, wahrhaft demokratische Ordnung gegen alle Feinde des Volkes zu verteidigen, die heute alle

¹¹⁾ W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 241.

¹²⁾ Vgl. a. a. O., S. 115.

Mittel in Bewegung setzen, um die Revolution zugrunde zu richten" ¹³⁾.

Von dieser Lehre gehen Marxisten-Leninisten stets aus. Sie betrachten die allseitige Stärkung der Verteidigungsbereitschaft als eine unverzichtbare Grundbedingung für die Errichtung des Sozialismus/Kommunismus. Sie berücksichtigen dabei die historische Erfahrung, daß der Imperialismus seine Versuche nicht aufgibt, die sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse durch konterrevolutionäre Aktionen zu beseitigen.

An der von den Bolschewiki geschaffenen Militärmacht scheiterten die Versuche der Interventionen und Weißgardisten, die junge Sowjetmacht zu vernichten. Die Armeen der sozialistischen Sowjetmacht verhinderten durch die Zerschlagung des Hitlerfaschismus die Verwandlung ganz Europas in ein Militärzuchthaus. Die militärische Stärke des Sozialismus machte den Triumph der Konterrevolution 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR unmöglich. Weil es die bewaffnete Macht des Sozialismus gab und gibt, konnte der USA-Imperialismus den Sozialismus in Kuba nicht beseitigen, kann er das Volk Vietnams nicht besiegen.

Die Existenz und Entwicklung der durch den Warschauer Vertrag begründeten sozialistischen Militärkoalition setzen dem Expansions- und Machtstreben der aggressivsten Kräfte des Imperialismus einen unüberwindlichen Damm entgegen und zwingen die internationale Monopolbourgeoisie, Schritte in Richtung einer Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung zu gehen. Die Kraft und Stärke des Sozialismus sichern den Frieden für alle Menschen.

In dieser Situation wirft Lohmar den Kommunisten vor, sie betrachteten das Militär nur als „Mittel der Selbsterhaltung“. Das kann nur bedeuten, daß er die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern dazu verleiten möchte, sich selbst zu entwaffnen, den Sozialismus wehrlos den Anschlägen des Finanzkapitals auszuliefern und der Monopolbourgeoisie größeren Handlungsspielraum zur Verwirklichung ihrer reaktionären Ziele zu verschaffen. Das wird niemals geschehen. In völliger Übereinstimmung mit den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staatengemeinschaft wird in den Dokumenten des VIII. Parteitages der SED festgestellt: „Angesichts der zunehmenden Aggressivität des Imperialismus und seiner

konterrevolutionären Praktiken ist die Landesverteidigung planmäßig zu vervollkommen und hat zur Stärkung der Verteidigungskraft der sozialistischen Staatengemeinschaft beizutragen. Die Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee und den Streitkräften der anderen Staaten des Warschauer Vertrages ist Gebot des sozialistischen Internationalismus und bildet das feste Fundament unserer Sicherheit.“ ¹⁴⁾

Um den Sozialismus zu diskreditieren, wärmt Lohmar die alte antikommunistische Legende auf, wonach die Kommunisten das Militär als Mittel zur „Durchsetzung ideologischer Ziele“, das soll heißen zum gewaltsamen Export der Revolution, betrachten.

Heute weiß jedoch jeder, der sich nur etwas mit dem Marxismus-Leninismus vertraut gemacht hat, daß Revolutionen weder mit militärischen noch mit sonstigen Mitteln exportiert werden können. In der Auseinandersetzung mit dem linken Radikalismus arbeitete bereits Lenin heraus, welche Bedingungen für eine Revolution vorhanden sein müssen. „Das Grundgesetz der Revolution“ — so schrieb er —, „das durch alle Revolutionen und insbesondere durch alle drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts bestätigt worden ist, besteht in folgendem: Zur Revolution genügt es nicht, daß sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewußt werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die ‚Unterschichten‘ das Alte nicht mehr wollen und die ‚Oberschichten‘ in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“ ¹⁵⁾ Das bedeutet, daß eine Revolution ohne die entsprechenden inneren Bedingungen, ohne das notwendige politische Bewußtsein der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und ohne eine marxistisch-leninistische Partei, die über Masseneinfluß verfügt und die revolutionären Kräfte führt, nicht siegen kann.

Selbstverständlich weiß auch Lohmar, daß die Kommunisten nicht die Absicht haben, irgend jemand ihre Ideologie mit militärischer Gewalt aufzuzwingen. Gerade weil diese Ideologie durch ihre Menschlichkeit immer mehr die Herzen und Hirne erobert, will Lohmar seinen Lesern einen Popanz aufbauen. Er

¹⁴⁾ Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1971, S. 68.

¹⁵⁾ W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 71.

¹³⁾ W. I. Lenin, Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 420.

fürchtet, daß die Ideen des Marxismus-Leninismus ihren Siegeszug verstärkt fortsetzen und immer mehr Millionen Menschen zum Kampf gegen das unmenschliche System des staatsmonopolistischen Kapitalismus beflügeln. Aus diesem Grunde versucht er der sozialistischen Militärmacht Aggressivität zu unterstellen, während er das Wesen der Armee des Imperialismus in eine bloße Verteidigungsstreitmacht umfälscht, die das „militärische Gleichgewicht“ und damit den Frieden erhalten müsse. In dieses Schema paßt freilich keinerlei Kritik an den Verbrechen der US-amerikanischen Militärmaschinerie in Indochina oder am Aggressor Israel hinein.

Nach Ulrich Lohmar ist die „Landesverteidigung“ für die Sozialdemokratie ein „notwendiges Übel“ (These 8). Hinter dieser These verbirgt sich nicht nur die alte Lüge von der „kommunistischen Gefahr“. Sie erweckt in verschleierte Form die Losung von der „Vaterlandsverteidigung“ zu neuem Leben, mit deren Hilfe rechte sozialdemokratische Führer die internationale Arbeiterklasse schon im ersten Weltkrieg aufeinanderhetzten. Diese These verschleiert vor allem die Tatsache, daß rechte sozialdemokratische Führer in der BRD zu den Hauptinitiatoren des Wettrüstens und des weiteren Ausbaus der Bonner Armee gehören. Der Rüstungshaushalt der BRD war noch nie so hoch wie unter der sozialdemokratisch geführten Regierung. Der ehemalige sozialdemokratische Bundeswehrminister Schmidt modernisierte die Bonner Armee mit einem Eifer, der den seiner CDU/CSU-Vorgänger noch übertraf. Unter seiner Leitung entstand das bekannte „Weißbuch“, nach dem die Bundeswehr noch stärker zum „Ordnungsfaktor der Gesellschaft“ ausgebaut werden soll.

V

Wie ist nach alledem die von Lohmar offerierte „dritte Möglichkeit“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu beurteilen? Sie ist nichts weiter als ein raffiniertes Manöver zur Täuschung des werktätigen Volkes. Lohmar gehört zu jenen Kräften innerhalb der internationalen Sozialdemokratie, die in Ideologie und Politik auf den Positionen des Monopolkapitals stehen und sich die Verteidigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Ziel gestellt haben. Durch allgemeine Redensarten von der „demokratischen Legitimierung der Herrschaftsformen“, der „Kontrolle“ und dem „Abbau“ des „kapitalistischen Sektors“ in der Wirtschaft sowie durch die Orientierung auf eine imaginäre, weil im Kapitalismus unmögliche „Selbstverwirklichung des Menschen“, will Lohmar die Arbeiterklasse von der Ver-

wirklichung ihrer historischen Mission abhalten. Zu diesem Zweck erweckt er den Eindruck, als seien Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit möglich, ohne die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse zu beseitigen.

Ulrich Lohmar sieht keinen Grund dafür, „daß Sozialdemokraten ihren Wunsch unterdrücken müßten, die Welt weder kapitalistisch noch kommunistisch, sondern eben sozialdemokratisch zu sehen“. Seine Thesen beweisen jedoch, daß er die Welt nur kapitalistisch zu begreifen vermag. Seine „dritte Möglichkeit“ ist in Wahrheit gewöhnlicher Monopolkapitalismus, dessen schlimmste soziale Auswirkungen durch einige systemerhaltende Reformen gemildert werden sollen. Während Lohmar auf jede Kritik am Kapitalismus verzichtet, konzentriert er seine Angriffe gegen den Sozialismus. Im Unterschied zu anderen Antikommunisten bedient er sich dabei einer „seriöseren“ Ausdrucksweise. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß jede seiner Thesen mit dem Ziel formuliert wurde, Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus in den Augen des werktätigen Volkes zu diskreditieren. Lohmar steht also keineswegs zwischen den Fronten. Er steht auf der Seite des historisch überlebten kapitalistischen Gesellschaftssystems. Daher kann seine Ideologie nichts anderes als bürgerliche Ideologie sein. Allen denjenigen, die wie Lohmar die Arbeiterklasse mit dem Gerede vom „dritten Weg“ oder von einer „dritten Ideologie“ irreführen versuchten, hielt Lenin bereits in seiner Arbeit „Was tun?“ entgegen: „... die Frage kann *nur* so stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ‚dritte‘ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassen-gegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann)“¹⁶⁾.

Zwischen den Auffassungen Lohmars und dem Marxismus-Leninismus kann es daher keinerlei ideologische Koexistenz geben. Es ist vielmehr notwendig, die theoretischen Äußerungen Lohmars als Bestandteil der fortschrittsfeindlichen bürgerlichen Ideologie zu entlarven und mit den überlegenen geistigen Waffen der marxistisch-leninistischen Theorie zu schlagen. Ulrich Lohmar stellt fest, daß die gemeinsamen Interessen von Sozialdemokraten und Kommunisten „in der Sicherung des Friedens, in der Abrüstung, der gemeinsamen Hilfe für die Dritte Welt und in der wirtschaftli-

¹⁶⁾ W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 395 f.

chen Zusammenarbeit liegen" sollten. Wenn die maßgeblichen sozialdemokratischen Führer der BRD daraus entsprechende Schlußfolgerungen für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten ziehen würden, könnte das die Front der Kräfte, die für Frieden und Abrüstung kämpfen, bedeutend stärken. Wir vergessen dabei jedoch nicht, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien, darunter auch die Kommunisten der BRD, in den vergangenen 25 Jahren zahlreiche Vorschläge zur Aktionsgemeinschaft im Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr unterbreitet haben, die von rechten Sozialdemokraten abgelehnt bzw. ignoriert wurden. Die Ernsthaftigkeit der Erklärung Lohmars in dieser Frage kann daher nur anhand der konkreten Politik sozialdemokratischer Führer geprüft werden.

Der Verlauf der Weltgeschichte richtet sich nicht nach den Wunschvorstellungen rechter sozialdemokratischer Führer, sondern vollzieht sich nach objektiven gesellschaftlichen Gesetzen. Ob es Ulrich Lohmar wahrhaben will oder nicht, der Inhalt unserer Epoche besteht im revolutionären Übergang vom Kapi-

talismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Die Geschichte hat ihr Urteil über das parasitäre, verfaulende und sterbende kapitalistische System längst gesprochen. Der Sozialismus/Kommunismus ist die einzig mögliche Perspektive der menschlichen Gesellschaft. Durch die kraftvolle Entwicklung des Sozialismus und seine wachsende Ausstrahlungskraft wurde der Imperialismus in die Defensive gedrängt. Die historischen Beschlüsse des XXIV. Parteitages der KPdSU, des VIII. Parteitages der SED und der Parteitage der anderen kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staatengemeinschaft beschleunigten die Entwicklung des sozialistischen Systems. Sie werden dazu führen, daß die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus noch deutlicher sichtbar wird.

Ulrich Lohmar kann daran nichts ändern. Seine Thesen werden das gleiche Schicksal erleiden wie die ideologischen Entstellungversuche anderer Antikommunismus. Die Geschichte wird sie hinwegspülen, weil sie gewogen und zu leicht befunden wurden.

Das „strategische Zielbündel“ des Herrn Lohmar

Wieder einmal ist in der BRD eine Veröffentlichung zum ideologischen Verhältnis von „Sozialdemokratie und Kommunismus“¹⁾ aufgetaucht. Ihr Verfasser ist Professor Ulrich Lohmar, früher Funktionär der Jungsozialisten, jetzt Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft. Die ständige Auseinandersetzung mit dieser Frage ist offenbar auch nach der Annahme ihres antikommunistischen Grundsatzbeschlusses vom 26. Februar 1971 ein besonders dringendes Anliegen der rechten SPD-Führung. Selbst mit Hilfe dieses Beschlusses konnte weder die Entwicklung der DKP, der Prozeß ihrer Profilierung als der Partei der Arbeiterklasse in der BRD aufgehalten, noch der Wille eines Teils der Mitglieder und Anhänger der SPD zu gemeinsamen Aktionen mit ihren kommunistischen Klassengenossen gebrochen werden, konnte weder die Ausstrahlungskraft des Sozialismus unwirksam gemacht, noch das auch in der BRD um sich greifende Interesse am Marxismus-Leninismus zurückgedrängt werden.

Die rechten Führer der SPD reagieren darauf mit verstärkten Bemühungen, ihre grundsätzliche Abgrenzung vom Marxismus-Leninismus und von der kommunistischen Arbeiterbewegung noch deutlicher werden zu lassen. „Ich zweifle keine Sekunde daran, daß es heute noch wichtiger ist als in früheren Jahren, diese Grenze für jeden deutlich erkennbar zu halten“²⁾, sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Schmidt. Parteivorsitzender Brandt erklärte: „Es werden also nicht die grundsätzlichen Unterschiede verwischt, die Sozialdemokraten und Kommunisten voneinander trennen ... Für die SPD gibt es dabei keinen ideologischen Mischmasch mit kommunistischen Gruppen, keine Volksfrontpolitik, keine sogenannte Aktionseinheit.“³⁾ Wiederholt hob er

„die deutliche Abgrenzung, um die es hier geht“, hervor⁴⁾.

Dieser Orientierung folgend, bemüht sich Lohmar in seinen Thesen um die Vermittlung einer „Sicht sozialdemokratischer Ideologie und Strategie“, wobei er betont, daß es in den Grundfragen der Ideologie und Strategie keine gemeinsamen Ziele von Sozialdemokraten und Kommunisten gibt. Sehen wir uns also an, worauf seine Ideologie, die er „als theoretischen Entwurf zum Handeln“ und „als ein strategisches Zielbündel“ versteht, gerichtet ist.

In dankenswerter Offenheit tut Lohmar kund — und das ist das Fazit seiner jüngsten Veröffentlichung —, es bestehe überhaupt „kein Grund dafür, daß Sozialdemokraten ihren Wunsch unterdrücken müßten, die Welt weder kapitalistisch noch kommunistisch, sondern eben sozialdemokratisch zu sehen“ (Hervorhebungen — G. K./H. K.). Bezogen auf die Länder, in denen der Sozialismus bereits zur Wirklichkeit wurde, kann dieser Wunsch doch nur die Absicht ausdrücken, die sozialistische Entwicklung wieder rückgängig zu machen. Nach dem Scheitern aller Pläne, dies auf dem Wege direkter Konfrontation zu erreichen, nachdem sich die imperialistischen Mächte, darunter auch die BRD mit ihrer sozialdemokratisch geführten Regierung, angesichts der Stärke der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten Schritt für Schritt zur Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gezwungen sehen, suchen die imperialistischen Strategen nach anderen Wegen und Methoden. Insbesondere wird der ideologische Kampf gegen den Sozialismus verstärkt. Teile der Monopolbourgeoisie versprechen sich dabei von einer sozialistisch eingefärbten Variante ihrer Ideologie größere Möglichkeiten als von den offen antisozialistischen. Sie setzen große Hoffnungen auf die rechten SPD-Führer und deren Versuche, unter der Tarnkappe eines „demokratischen Sozialismus“ ideologisch Boden zu gewinnen.

Was dagegen den noch kapitalistischen Teil der Welt betrifft, so zeigt die Praxis, daß der Wunsch, ihn sozialdemokratisch zu sehen, nicht auf die Überwindung des Imperialismus gerichtet ist, sondern auf die Sicherung und

¹⁾ Ulrich Lohmar, Sozialdemokratie und Sozialismus — Anmerkungen zur „ideologischen Koexistenz“, in: Die Zeit, Nr. 16, 21. April 1972 (Alle Zitate ohne Quellenangabe sind diesem Beitrag entnommen.)

²⁾ Neue Rheinzeitung, 25. September 1971.

³⁾ SPD-Pressemitteilungen, 30. April 1972.

⁴⁾ Zitiert nach „Aachener Volkszeitung“, 1. Oktober 1971.

Stabilisierung seiner Herrschaft⁵⁾. Die inneren Widersprüche des Imperialismus nehmen zu und vertiefen sich, das internationale Kräfteverhältnis hat sich wesentlich zu seinen Ungunsten verändert, der Einfluß des Sozialismus wird stärker, die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärft sich weiter. Auf dieser Grundlage spitzen sich die sozialen Gegensätze und Konflikte zu. Auch in der BRD wächst in Teilen der Arbeiterklasse, der jungen Generation und der Intelligenz die Erkenntnis, daß die grundlegenden gesellschaftlichen Probleme nicht auf dem Boden des staatsmonopolistischen Kapitalismus gelöst werden können, daß völlig neue Lösungswege beschritten werden müssen. Die rechten SPD-Führer dagegen wollen den Anschein erwecken, als seien die Probleme ohne Änderung des Systems zu lösen. Eben auf diesem Wege soll das Ziel erreicht werden, „die Arbeiter-

klasse in das imperialistische System zu integrieren“⁶⁾. Der SPD-Vorsitzende bestätigte diese Absicht: „Wir wollen ernst machen mit der Integration der Arbeiter.“⁷⁾

Gerade deshalb bemüht sich der Sozialdemokratismus, den Werktätigen im eigenen Land, aber auch den Völkern der sozialistischen Staaten die Fata Morgana eines „wandlungsfähigen“ und daher „verteidigungswürdigen“ Kapitalismus zu suggerieren, eines „gesellschaftlichen Transformationsprozesses“ entsprechend den „Grundwerten des demokratischen Sozialismus“. In eben diesem Sinne sprach Brandt in einem DPA am 10. April 1972 gegebenen Interview von der „Schaffung einer menschenwürdigen, gerechten und freien Gesellschaft auf dem friedlichen und kontinuierlichen Wege der Reformen“. Zur Propagierung der dazu geeigneten Ideen dienen auch die Thesen Lohmars.

Leugnung des wissenschaftlichen Sozialismus

Willy Brandt forderte auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD dazu auf, „die Arbeit an den Grundwerten des Godesberger Programms wieder (zu) beleben und (zu) vertiefen“⁸⁾. Und das theoretische Organ der SPD, „Die Neue Gesellschaft“, zog daraus die entsprechende Folgerung und bekundete für das Jahr 1972 die Absicht, sich „führend an der Diskussion um die Grundwerte des demokratischen Sozialismus zu beteiligen“⁹⁾. In Übereinstimmung damit stellt auch Lohmar diese Grundwerte — „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ — an die Spitze seiner Darlegungen.

Man fragt sich: Weshalb sollen gerade gegenwärtig diese „Grundwerte“ aufpoliert werden? Der auch unter der sozialdemokratisch geführten Regierung weiter fortschreitende Prozeß der Konzentration der Produktion und des Kapitals in den Händen weniger Supermonopole, wachsende inflationistische Tendenzen, Stagnationserscheinungen und die damit verbundene Gefährdung der Arbeitsplätze fördern unter sozialdemokratischen Mitgliedern und Anhängern die Einsicht in die Ungerechtigkeit der kapitalistischen Machtverhält-

nisse, beleben die Diskussion in der Sozialdemokratie über gesellschaftliche Grundfragen. Dabei ist unübersehbar, daß die von Jungsozialisten und anderen Sozialdemokraten vertretenen Auffassungen verbunden sind mit Bestrebungen nach tatsächlichen demokratischen Veränderungen in der BRD und keineswegs mit den pro-kapitalistischen Vorstellungen rechtssozialdemokratischer Führer konform gehen. Angesichts der weltweiten Offensive des Marxismus-Leninismus sieht sich die SPD-Führung mit der Tatsache konfrontiert, daß auch in der BRD — nicht zuletzt unter dem zunehmenden Einfluß der DKP — die Zahl derer wächst, die im Marxismus eine Antwort auf die Grundfragen unserer Epoche suchen. Die verstärkte Propagierung der „Grundwerte“ verfolgt daher das Ziel, die gesellschaftspolitische Diskussion in der sozialdemokratischen Bewegung in die für die rechte SPD-Führung genehmen Bahnen der bürgerlichen Ideologie zu kanalisieren und einer tendenziell möglichen Hinwendung von Teilen der Sozialdemokratie zu marxistischen Positionen von vornherein einen festen ideologischen Riegel vorzuschieben.

Zu den Hauptmethoden, die dabei seitens rechtssozialdemokratischer Ideologen angewandt werden, gehört die Verfälschung des Marxismus-Leninismus. So versucht auch Lohmar, dem Marxismus-Leninismus eine „monokausale gesellschaftsökonomische Betrachtungsweise“ zu unterschieben. Die Kommunisten würden, beruhend auf Marx,

⁵⁾ Vgl. Albert Norden, Gesellschaftspolitische Auffassungen im Widerspruch zu Arbeiterinteressen, in: Einheit, Heft 6, 1972, S. 727 ff.

⁶⁾ Erich Honecker, Bericht über den Umtausch der Parteidokumente, Dietz Verlag, Berlin 1970, S. 27.

⁷⁾ Vorwärts, Bonn, Nr. 21, 1970, S. 17/18.

⁸⁾ SPD 71, Außerordentlicher Parteitag, Bonn, unkorrigiertes Protokoll, 18. November 1971, S. 39.

⁹⁾ Die Neue Gesellschaft, Heft 1, 1972, S. 4

„die differenzierte Wirklichkeit des gesellschaftlichen ‚Seins‘ nur durch ihren politökonomischen Sehschlitz“ wahrnehmen. Was Lohmar den Kommunisten vorwirft, wird von ihm selbst kräftig praktiziert, indem er den eigenen „Sehschlitz“ in einer Weise verengt, bei der die marxistisch-leninistische Weltanschauung zum Vulgärmaterialismus degradiert wird.

Schon Engels schrieb in Abwehr vulgarisierender Entstellungen des Marxismus, daß nach „materialistischer Geschichtsauffassung ... das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens“ ist. „Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus ... üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten ... als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt.“¹⁰⁾ Engels hob damit betont das dialektische Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung hervor, konstatierte die Universalität der Wechselwirkung auch für die Gesellschaft und wies somit ausdrücklich die Auffassung zurück, zwischen den ökonomischen Verhältnissen und dem Überbau bestehe eine einfache Ursache-Wirkung-Relation. Dem Marxismus-Leninismus eine „monokausale gesellschaftsökonomische Betrachtungsweise“ zu unterstellen, ist folglich nichts anderes als der Versuch, den historischen Materialismus in ein mechanistisches Zerrbild zu verwandeln.

Lohmar braucht jedoch eine derartige Karikatur auf die materialistische Geschichtsauffassung, um die mit Godesberg auch programmatisch vollzogene Hinwendung zum philosophischen Idealismus als vollauf gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Dieses Programm, schreibt er, stütze sich nicht auf eine bestimmte Weltanschauung, sondern habe statt dessen „die Basisbedeutung personaler Überzeugungen und insofern des einzelnen Bürgers für die inhaltliche Orientierung einer sozialistischen Partei deutlich“ gemacht. Mit anderen Worten: Das Programm basiert auf einer subjektiv-idealistischen Position, verneint die Existenz objektiver Gesetzmäßigkeiten und die

Möglichkeiten ihrer Erkenntnis¹¹⁾. Lohmar bekräftigte diesen Standpunkt mit den Worten, die SPD könne „nicht von einer vermeintlich objektiven Richtigkeit dieser oder jener politischen Strategie ausgehen oder sich darauf festlegen“.

Zu welcher Schlußfolgerung eine solche weltanschauliche Position führt, darüber hat Lohmar bereits 1959 in einem Aufsatz zum Godesberger Programm Auskunft gegeben: „Statt das Programm mit einer spezifisch sozialistischen und zugleich wissenschaftlichen Zeitanalyse einzuleiten, wird ... ausdrücklich nicht davon gesprochen, daß es so etwas wie einen wissenschaftlichen Sozialismus ... geben könne.“¹²⁾ Eichler bezeichnete diese prinzipielle Abkehr vom wissenschaftlich fundierten Sozialismus und die Hervorkehrung der „Grundwerte“ als „ethische Revolution“, die den Hauptschlüssel zum Verständnis des Godesberger Programms liefere und durch die sich die SPD „ideologisch freigeschwommen“ habe¹³⁾. „Ethische Revolution“ — wer wollte da noch behaupten, die rechten Sozialdemokraten seien gegen die Revolution! Sie sind sogar für eine permanente Revolution, denn die Realisierung der „ethischen Ideale“ ist ja ihrer Meinung nach eine ständige Aufgabe. Wozu dann noch sozialistische Revolution?

Die „ethische Revolution“ als Surrogat für die sozialistische Revolution — darauf reduziert sich denn auch der Kerngehalt der rechtssozialdemokratischen Ideologie: die Leugnung des wissenschaftlichen Sozialismus, der Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der welthistorischen Rolle der Arbeiterklasse, die grundsätzliche Bejahung der kapitalistischen Ordnung. Wer sich aber zu dieser Ordnung bekennt, wendet sich gegen den historischen Fortschritt auch auf moralischem Gebiet. Denn die Macht der Monopole schließt die Vorherrschaft der imperialistischen Wolfsmoral notwendigerweise ein¹⁴⁾. Die rechten Sozialdemokraten haben

¹¹⁾ Vgl. Günter Heyden, Weltanschauliche Grundlagen des Sozialdemokratismus, in: Einheit, Heft 2, 1971, S. 150 ff.

¹²⁾ Ulrich Lohmar, Zum Godesberger Programm der Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 6, 1959, S. 416.

¹³⁾ Willi Eichler, Sozialdemokratische Programmatik und praktische Politik, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 11, 1971, S. 777; nach dem Tode Eichlers wurde dieser Artikel zu seinem „politischen Testament“ erklärt.

¹⁴⁾ Vgl. Eberhard Fromm, Imperialistische Wolfsmoral — Ursachen und Erscheinungen, in: Einheit, Heft 6, 1972, S. 778 ff.

¹⁰⁾ Engels an Joseph Bloch, 21. September 1890, Marx/Engels, Werke, Bd. 37, Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 463.

sich „ideologisch freigeschwommen“ — gewiß doch —, aber wohin sind sie geschwommen?

Im Unterschied zu den utopischen Sozialisten, unter denen es zuweilen geniale Träumer gab, die den Sozialismus mit Hilfe der herrschenden Klasse zu erreichen glaubten, orientierten sich Marx und Engels auf die Arbeiterklasse, erzogen sie zu Selbsterkenntnis und Selbstbewußtsein und setzten an die Stelle von Träumereien die Wissenschaft. Es waren vor allem zwei große Entdeckungen, der historische Materialismus und das ökonomische Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft, durch die der Sozialismus aus einer Utopie zur Wissenschaft wurde. Marx und Engels mußten sich zeitlebens mit Versuchen auseinandersetzen, den Sozialismus hinter diese gewonnene Position zurückzuzerren. So

Bürgerliche „Freiheits“konzeption

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, verkündet Lohmar, sei für die Kommunisten die Freiheit „Einsicht in die Notwendigkeit, wobei diese Notwendigkeit in einem vermeintlich geschichtsnotwendig zum Kommunismus hin verlaufenden Prozeß gesehen wird“. Lohmar reiht sich damit in die Front jener rechten Sozialdemokraten ein, die das dialektisch-materialistische Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit in das Zentrum ihrer Attacken rücken, die in die These münden, der Kommunismus „verbannte die persönliche Freiheit in die von ihm formulierte Einsicht in die Notwendigkeit“¹⁵⁾. Die Anerkennung der Notwendigkeit als eine Form des Zusammenhangs zwischen objektiven Prozessen heißt doch aber keineswegs zu negieren, daß es vielfältige Möglichkeiten der Realisierung dieser objektiven Notwendigkeit im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß gibt. Sie hat nichts zu tun mit der Vorstellung, der historische Fortschritt vollziehe sich als linearer, gleichförmiger, von vornherein in jeder Beziehung bestimmter Prozeß, der keinerlei Spielraum für die Freiheit des menschlichen Handelns biete. Durch eine solche Unterstellung soll von der eigentlichen Frage abgelenkt werden, auf welcher Basis sich menschliche Freiheit verwirklichen kann.

¹⁵⁾ Marx an Friedrich Adolph Sorge, 19. Oktober 1877, Marx/Engels, Werke, Bd. 34, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 303.

¹⁶⁾ Friedrich Brand, Sozialismus heute, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 8, 1971, S. 586.

charakterisierte z. B. Karl Marx 1877 bestimmte, auf Lassalle zurückgehende Bestrebungen in der deutschen Sozialdemokratie, dem Sozialismus das theoretische Fundament zu nehmen, als die Absicht „einer ganzen Bande halbreifer Studiosen und überweisen Doctores, die dem Sozialismus eine ‚höhere, ideale‘ Wendung geben wollen, d. h. die materialistische Basis (die ernstes, objektives Studium erheischt, wenn man auf ihr operieren will) zu ersetzen durch moderne Mythologie mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und fraternité (Brüderlichkeit) ... Es ist natürlich, daß der Utopismus, der vor der Zeit des materialistisch-kritischen Sozialismus letzteren in nuce (im Kern) in sich barg, jetzt wo er *post festum* (nachträglich) kommt, nur noch albern sein kann, albern, fad und von Grund aus reaktionär.“¹⁵⁾

Die materialistische Geschichtsauffassung geht nicht nur von der Existenz objektiver Gesetzmäßigkeiten, sondern auch von der Möglichkeit aus, sie zu erkennen, sie auszunutzen und damit zu beherrschen. In diesem Sinne versteht der Marxismus-Leninismus unter Freiheit die Herrschaft des Menschen über seine gesellschaftlichen Verhältnisse — gegründet auf die Einsicht in die objektiven Gesetzmäßigkeiten. Unter der Herrschaft des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln ist die gesamte Gesellschaft dem ökonomischen Zwang zur Kapitalverwertung als treibendem Motiv der Produktion unterworfen. Von welcher Freiheit kann da schon die Rede sein, wenn in der BRD 1,7 Prozent der Haushalte über 74 Prozent des sogenannten privaten Produktionsvermögens und nur 0,8 Prozent der Haushalte über 90 Prozent des gesamten Privatbesitzes an Aktien und Investmentzertifikaten (Anteilscheine einer Kapitalanlagegesellschaft) verfügen¹⁷⁾, wenn die Wirtschaft in der Bundesrepublik weitgehend von rund 600 Kapitaleignern beherrscht wird¹⁸⁾.

Die welthistorischen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und in den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft lehren, daß eine planmäßige

¹⁷⁾ Diese Zahlen, so teilte der DGB-Vorsitzende H. O. Vetter mit, seien bezeichnend für die Besitz- und Machtverhältnisse in der BRD (Welt der Arbeit, 18. Februar 1972).

¹⁸⁾ WWI-Mitteilungen, Heft 8/9, 1971, S. 272.

Leitung der gesellschaftlichen Produktion im Interesse der gesamten Gesellschaft nur dadurch möglich wird, daß die Monopolherrschaft überwunden wird, die Produktionsmittel von ihrer Kapitaleigenschaft befreit werden und so ihr gesellschaftlicher Charakter volle Freiheit erhält, sich durchzusetzen. Die Eroberung der politischen und ökonomischen Macht durch die Arbeiterklasse, geführt von ihrer marxistisch-leninistischen Partei, ermöglicht es den Menschen, die objektiven Gesetze ihres gesellschaftlichen Tuns mit voller Sachkenntnis anzuwenden, sie zu beherrschen und damit eine maximale Annäherung zwischen den Zielen und Ergebnissen ihres Handelns zu erreichen. Unter diesem Gesichtspunkt bezeichnete Engels den Sozialismus als das Ende des Kampfes ums Einzeldasein und schrieb: „Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche.“¹⁹⁾

Ganz in diesem Sinne sind die Thesen Lohmars zur Bewußtseinsbildung der Menschen zu verstehen. Selbstverständlich, so schreibt er, wüßten die Sozialdemokraten „seit Marx, daß das Bewußtsein der Menschen, also deren Vorstellung von sich selbst und von ihrer Umwelt, entscheidend von den gesellschaftlichen Bedingungen geprägt wird, unter denen sie jeweils leben“. Wenn Lohmar zur Abwechslung versucht, sich in ein marxistisches Gewand zu hüllen, so kann er die Blöße, die er sich dabei gibt, noch nicht einmal notdürftig verdecken. Marx und Engels haben diesen Grundgedanken, auf den er sich beruft, nicht nur wesentlich exakter gefaßt, sie haben — und darauf kommt es hier an — hinzugefügt: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h., die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich die herrschende *geistige* Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterwor-

¹⁹⁾ Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 226.

Wenn Lohmar im Gegensatz dazu eine Scheinalternative, Freiheit oder Notwendigkeit, konstruiert, wenn er die Verwirklichung der menschlichen Freiheit von der historischen Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus trennt, so läßt sich bereits daran erkennen, was von seiner These zu halten ist, der Mensch sei für die Sozialdemokraten das Maß aller Dinge. In Wirklichkeit stützt seine Konzeption die Aufrechterhaltung jener kapitalistischen Bedingungen, die die Werktätigen daran hindern, die objektiven Gesetzmäßigkeiten zu beherrschen, ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst zu machen und in diesem Sinne zum Subjekt der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu werden. Lohmars Konzeption orientiert sich nicht am Menschen, sondern an der Sicherung des kapitalistischen Systems, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung zur Ohnmacht gegenüber den gesellschaftlichen Mächten und Gesetzen verurteilt und den Normen der imperialistischen Wolfsmoral unterwirft.

Bürgerliche Spontaneitätstheorie

fen sind.“²⁰⁾ Natürlich heißt das nicht, daß unter der Herrschaft des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln auch die Arbeiterklasse in ihrer Masse notwendig kapitalistisch denkt. Ihre Klassenlage bildet vielmehr die objektive Basis für die Herausbildung einer entgegengesetzten Ideologie, für die Entstehung des proletarischen Klassenbewußtseins. Dieses Bewußtsein ist jedoch kein automatischer, spontaner Reflex der Klassenlage des Proletariats. Lohmar räumt zwar ein, daß für eine „sozialistische Entwicklung der Gesellschaft ... eine entsprechende Bildung des politischen Bewußtseins erforderlich“ sei. Er fügt aber sofort hinzu, im Gegensatz zu den Kommunisten verzichte die SPD bewußt darauf, dieses Bewußtsein „in nur einer einzigen inhaltlichen Bahn zu wollen oder zu fördern“. Lohmar betont diesen Gedanken mit den Worten: „Das Gesellschaftsbild der Sozialdemokratie setzt auf die Spontaneität von Ideen.“

Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß die Arbeiterklasse im Selbstlauf des Klassenkampfes nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorbringt, das Lenin als die „Keimform der Bewußtheit“ bezeichnete. Es ist dies das Bewußtsein von der Notwendigkeit, sich in Organisationen zusammenzu-

²⁰⁾ Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, Werke, Bd. 3, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 46.

schließen, den Kampf gegen die Unternehmer zu führen und in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Regierung diese oder jene Forderung durchzusetzen. Dieses Bewußtsein stellt jedoch die kapitalistische Ordnung nicht in Frage. Es ist nicht identisch mit der Einsicht, daß die Arbeiter als Klasse in einem grundlegenden gesamtgesellschaftlichen Gegensatz zur Bourgeoisie stehen, der nur auf dem Wege der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse überwunden werden kann. Eine solche Erkenntnis setzt tiefe wissenschaftliche Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge voraus und wird durch die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus exakt zum Ausdruck gebracht.

Zweifellos fühlt sich die Arbeiterklasse spontan zum Sozialismus hingezogen, und zwar in dem Sinne, daß die sozialistische Theorie, wie Lenin schrieb, tiefer und richtiger als jede andere die Klassenlage des Proletariats und seine Interessen widerspiegelt. Lenin machte jedoch zugleich auf die andere Seite aufmerksam: „Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber die am weitesten verbreitete (und in den mannigfaltigsten Formen ständig wiederauferstehende) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem spontan dem Arbeiter am meisten auf.“²¹⁾ Deshalb ist jede Anbetung der Spontaneität gleichbedeutend mit der Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung. Lenin zog daraus die erforderliche Konsequenz, stellte der revolutionären Partei die Aufgabe, das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterbewegung hineinzutragen und charakterisierte die Partei als Verkörperung der Einheit von wissenschaftlichem Sozialismus und praktischer Arbeiterbewegung, als das entscheidende Glied der Verbindung von revolutionärer Theorie und revolutionärer Praxis.

Lenins Grundgedanken sind in unserer Zeit von höchster Aktualität. Angesichts der wei-

teren Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des wachsenden internationalen Einflusses des realen Sozialismus fühlt sich die Arbeiterklasse in den Hauptländern des Kapitals stärker denn je spontan zum Sozialismus hingezogen. Dennoch drängt sich auch heute die bürgerliche Ideologie der Arbeiterklasse spontan am meisten auf. Denn die Monopolbourgeoisie verfügt heute über unvergleichlich mehr Mittel und Möglichkeiten für eine umfassende Bewußtseinsmanipulation als je zuvor. Sie hat auch die entscheidende Bedeutung der Kraft und Ausstrahlung des realen Sozialismus erkannt und deshalb alle ihre angeblich so freien ideologischen Strömungen auf eine scharf antikommunistische Grundlage gestellt, um das Wesen der sozialistischen Gesellschaft zu verleumden. Hinzu kommt, daß sich die Manipulation auf eine objektive Grundlage stützen kann, die sich aus dem spezifischen Charakter der ökonomischen Macht des Kapitals ergibt. Im Unterschied zu den vorkapitalistischen Klassengesellschaften erscheint im Kapitalismus das wahre Herrschaftsverhältnis an der Oberfläche des Alltagslebens als Herrschaft der Dinge, der Waren über die Menschen. Mit dem vollzogenen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hat sich die objektive Grundlage dieses Widerspruchs zwischen Wesen und Erscheinung der gesellschaftlichen Verhältnisse noch erweitert. Dadurch werden spontan, also bereits ohne äußeres Zutun, verzerrte Vorstellungen und Illusionen über das Kapitalverhältnis und die sozialen Beziehungen im Kapitalismus erzeugt²²⁾. Unter diesen Bedingungen eine gesellschaftspolitische Konzeption auf die „Spontaneität von Ideen“ gründen ist keineswegs nur ein Ausdruck der Kapitulation rechter Sozialdemokraten vor dem ideologischen Druck der Monopolbourgeoisie. Es ist dies vielmehr eine Seite ihrer aktiven Bemühungen, das spontane Streben der Arbeiter zum Sozialismus über die verschiedenen Kanäle in den Strom der imperialistischen Ideologie zu leiten.

²¹⁾ W. I. Lenin, Was tun?, Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 397.

²²⁾ Vgl. Manfred Banaschak/Jörg Vorholzer, Mensch und Macht, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1969, S. 86 ff.

In der Strategie der SPD ist die Anwendung ideologischer Kampfmittel eng verknüpft mit realen, ihrer Untermauerung dienenden politischen und ökonomischen Maßnahmen und Absichtserklärungen. Durch Reformen und Reformlosungen wird versucht, einen gesellschaftlichen „Transformationsprozeß“ vorzutäuschen²³⁾. Dadurch soll eine Wirkung erzielt werden, die einerseits in der Arbeiterklasse vorhandene Illusionen nährt und ihre Integration in das System fördert, andererseits „weit hinein in den kommunistischen Machtbereich strahlt“²⁴⁾. Worin der Inhalt sozialdemokratischer Reformpolitik wirklich besteht, hat Brandt selbst in aller Ausführlichkeit bestätigt: „Umgestaltung durch Reformen heißt für diese Regierung nicht, Maßnahmen zu ergreifen, die unser gesellschaftliches und politisches System sprengen... der sozialliberalen Koalition im allgemeinen und den Sozialdemokraten im besonderen wird ja gern unterstellt, daß sie unternehmerfeindlich eingestellt seien. Das ist kompletter Unsinn... Die marktwirtschaftliche Ordnung (so wird die kapitalistische Ausbeuterordnung umschrieben — G. K./H. K.) und das Privateigentum müssen in ihrer von der Verfassung gebotenen Sozialbindung gefestigt werden — dies ist zugleich die beste Gewähr für die Sicherung der demokratischen Ordnung vor systemsprengenden Tendenzen... Durch eine

„Ablösung“ unseres Systems wäre vieles gefährdet und zunächst gar nichts gewonnen... zumal nach aller Erfahrung kein besseres System als das unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erwarten ist. Deshalb muß die Reformpolitik auf eine ständige Fortentwicklung und verbesserte Leistungsfähigkeit unserer Ordnung ausgerichtet sein.“²⁵⁾ (Hervorhebungen — G. K./H. K.)

Hier wird sichtbar, daß die rechten Führer der SPD — auch wenn sie mitunter von einem „demokratischen Sozialismus“ sprechen — nichts anderes im Sinn haben als die „sozial“ und „demokratisch“ drapierte Wahrnehmung langfristiger strategischer Interessen der in der BRD herrschenden Monopolbourgeoisie: ihre „Reformstrategie“ dient der Erhöhung der Stabilität und „Funktionstüchtigkeit“ des imperialistischen Systems, der Verlängerung seiner Lebensdauer*). Am Wesen dieser Gesellschaftsordnung darf nichts geändert werden, sie soll lediglich auf die Werktätigen attraktiver wirken und gleichzeitig eine größere „Ausstrahlung“ in die sozialistischen Staaten ausüben entsprechend der von Brandt gegebenen Orientierung, die SPD werde die westdeutsche „freiheitliche Ordnung stärken, denn sie ist und bleibt aus unserer Sicht die Basis auch für den Wettbewerb der Systeme“²⁶⁾.

Legitimation der Monopolherrschaft

Völlig im Rahmen und auf dem Boden der „systemstabilisierenden Reformstrategie“ des Sozialdemokratismus bewegen sich auch jene Thesen Lohmars, die sich mit dem staatsmonopolistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in der BRD befassen. Wenn Lohmar hier zum Teil andere und weitergehende Formulierungen gebraucht, als sie in der SPD — besonders seit Godesberg — üblich sind, so hat das natürlich Ursachen.

Der — historisch ohnehin perspektivlose — Versuch, die Arbeiterklasse in das ihr feindliche imperialistische System zu integrieren,

hat offenbar auch bisher nicht im gewünschten Maße zum Ziel geführt. Die dafür angewandten Methoden wie die Darstellung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als „sich wandelndes System“ und als „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, die Propagierung einer angeblichen „Sozialpartnerschaft“ und selbst die Disziplinierung der Mitglieder

²⁵⁾ Kölner Stadt-Anzeiger, 9./10. November 1971.

²⁶⁾ SPD-Pressemitteilungen, 30. April 1972.

*) Das wird auch durch das im Juni 1972 vorgelegte „Langzeitprogramm“ der SPD für die Jahre 1973—1985 bestätigt, über das der Westberliner „Telegraf“ am 6. Juni schrieb: „Marxistische Gesellschaftskritiker werden den Entwurf der SPD als eindeutigen Beweis für ihre These heranziehen, die SPD habe längst aufgehört, eine systemüberwindende politische Kraft zu sein und bescheide sich mit der Rolle einer Partei, die nur noch auf punktuelle Veränderungen des gesellschaftlichen Systems bedacht ist. Wer so argumentiert, hat zweifellos recht. Helmut Schmidt selbst hat das in seiner gestrigen Pressekonferenz unumwunden bekräftigt.“

²³⁾ Zur Rolle von Reformen im Kapitalismus vgl. „DKP contra Großkapital. Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus“, Thesen des Düsseldorfer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, Thesen 5 und 10, in: Einheit, Heft 1, 1972, S. 126 und 130.

²⁴⁾ Bruno Kreisky, Sozialdemokratische Perspektiven für die siebziger Jahre, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 3, 1970, S. 295.

und Anhänger der SPD mit Hilfe antikommunistischer Beschlüsse reichen nicht mehr aus. Ohne auch nur im geringsten von der proimperialistischen und antikommunistischen Grundlinie des Sozialdemokratismus²⁷⁾ abzugehen, werden daher neue Anstrengungen unternommen, um das Suchen nach der echten Alternative gegenüber der Monopolmacht, die Forderung, endlich die Interessen der Werktätigen zum Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politik zu machen, in für den Imperialismus und die SPD-Führung ungefährlche Kanäle zu leiten.

Daraus erklärt sich auch, daß Lohmar — entgegen den Tatsachen — als Ziel rechtssozialdemokratischer Politik den Abbau der in der BRD bestehenden Herrschaftsformen durch Demokratisierung, den Abbau des „kapitalistischen Sektors“ in der Wirtschaft und das Entgegenwirken gegen die „kapitalistische Profitorientierung“ ausgibt, daß er erneut die längst von der Geschichte widerlegte These eines „dritten Weges“ hervorkramt. Er erklärt, die SPD wolle „bestehende Herrschaftsformen in der Gesellschaft demokratisch legitimieren und sie gleichzeitig durch Demokratisierung allmählich abbauen“. Hier zeigt sich ein für die Thesen in ihrer Gesamtheit typisches Merkmal: das Manipulieren mit abstrakten, ihres konkreten gesellschaftlichen, klassenmäßigen Inhalts beraubten Begriffen und Kategorien und die Anwendung einer scheinbar hochwissenschaftlichen, tatsächlich aber verschwommenen, bewußt unklar gehaltenen, mehrdeutigen Darstellungs- und Ausdrucksweise. So ist „Herrschaft“ für Lohmar nicht die Machtausübung einer Klasse, vor allem mit Hilfe des Staates, auf der Grundlage ihres Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln, die in einer Ausbeutergesellschaft wie dem Kapitalismus gegen die anderen Klassen und Schichten gerichtet ist, son-

dern — ganz einfach — ein „realsoziologisches Faktum“. Die Frage, wer, welche Klasse in der BRD herrscht, wer eigentlich wessen Herrschaft „legitimieren“ soll, wird damit wenig elegant umgangen. „Demokratische Legitimation“ heiße, verkündet Lohmar, „daß niemand Herrschaftspositionen ohne die Zustimmung anderer einnehmen soll“. Wer ist eigentlich „niemand“, und wer sind die „anderen“? Lohmar glaubt doch wohl selbst nicht im Ernst daran, daß monopolistische Großunternehmer, Leute wie Flick oder Abs, bereit sind, die weitere Ausübung ihrer Herrschaftsfunktionen von der Zustimmung der Werktätigen abhängig zu machen, daß sie bereit sind, eine Regierung zuzulassen, die andere als ihre monopolkapitalistischen, imperialistischen Interessen vertritt. Oder daß Bundestagsabgeordnete, wenn sie die Fraktionsbank wechseln, ihre eigenen Wahlversprechungen brechen, Wähleraufträge in den Wind schlagen und ihr „Gewissen“ durch Entgegennahme von Honoraren aus „Beraterverträgen“ mit großkapitalistischen Unternehmen „beruhigen“, auch nur auf den Gedanken kommen, vorher die Zustimmung ihrer Wähler einzuholen. „Niemand“ wird das tun! Die „anderen“ aber, die Arbeiterklasse, die Werktätigen, werden lange darauf warten können, daß ihnen die Monopolbourgeoisie und ihre Parteien die Zustimmung zur „Einnahme von Herrschaftspositionen“ geben!

„Demokratische Legitimation“ bedeutet also in Wirklichkeit den Versuch, die Arbeiterklasse zur Duldung der Herrschaft des Finanzkapitals zu veranlassen, sie zur „Zustimmung“ für die Fortdauer ihrer Ausbeutung zu bewegen. Das — und nichts anderes — steckt hinter Lohmars schöner Formulierung, „nicht von oben, sondern von unten“ solle die Legitimation erfolgen.

„Demokratisierung“ und kapitalistische Wirklichkeit

Aber Lohmar will ja die Monopolherrschaft nicht nur „legitimieren“, sondern sie gleichzeitig — allmählich allerdings — auch „abbauen“, und zwar durch ihre „Demokratisierung“. Die SPD, schreibt er, „orientiert ihre politische Strategie der Demokratisierung an den Grundsätzen der gleichen Chance, der Transparenz, der Kontrolle, dem Mandat auf Zeit, der konkreten Partizipation von einzel-

nen und Gruppen und an der Vielfalt von Meinungen“. Darin sieht Lohmar „gesellschaftliche Strukturmaßstäbe . . ., die es erlauben, genauer zu bestimmen, auf welche Weise die drei Grundwerte (des Godesberger Programms — G. H./H. K.) realisiert werden können und woran dies gemessen werden soll“.

Was die „gleiche Chance“ betrifft, so ist sicher auch jedem westdeutschen Arbeiter klar, wie er auf dem Weg über den Tellerwäscher in kurzer Zeit Multimillionär werden kann. Es liegt wohl nur an ihrer Bequemlichkeit, am

²⁷⁾ Vgl. Werner Paff/Günter Kalex, Antikommunismus — Wesenszug des Sozialdemokratismus, in: Einheit, Heft 4, 1971, S. 466 ff.

mangelnden „Leistungswillen“, wenn die mehr als 20 Millionen Arbeiter und Angestellten in der BRD nicht längst in den Vorständen und Aufsichtsräten der Konzerne und Großbanken sitzen und von den eingestrichenen dicken Dividenden leben können. *Tatsächlich* haben noch nicht einmal die Kinder der Arbeiter die „gleiche Chance“ einer ordentlichen Schulbildung. „So liegt zum Beispiel die Übergangsquote von Grundschulern zum Gymnasium in gutbürgerlichen Wohngebieten Hamburgs zehnmal höher als in Stadtteilen mit sozial schwacher Bevölkerung (achtzig zu acht Prozent)“, konstatierte kürzlich „Die Zeit“. „Was in den Grundschulen geschieht ... ist Erziehungskriminalität“, heißt es in dem Artikel, in dem von objektiv nachweisbarer „sozialer Ungerechtigkeit“ und von den Grundschulen als „Hinterhöfen der Nation“ gesprochen wird²⁸⁾. Und was hat es eigentlich mit „gleichen Chancen“ zu tun, wenn — um nur noch eins von vielen möglichen Beispielen zu zeigen — die Werktätigen in der BRD noch immer vergeblich die „Forderung nach dem klassenlosen Krankenhaus“ und nach der „Beseitigung von Klassenunterschieden in der ärztlichen Behandlung“ erheben müssen, wenn den „bundesdeutschen Sozialversicherten“ bescheinigt wird, daß sie „so gut wie keinen Einfluß auf die Gestaltung der so teuer erkaufte medizinischen Versorgung“ haben?²⁹⁾ „Das Geschäft mit der Krankheit“, schrieb „Der Spiegel“ und bestätigte damit, daß in der kapitalistischen BRD nach wie vor jener unmenschliche Satz gilt: Weil du arm bist, mußt du früher sterben.

Nicht viel anders ist es mit der „Transparenz“. Keiner der Großkonzerne denkt auch nur daran, etwa seine Kalkulation vor den Arbeitern offenzulegen und so die vom Monopolkapital in erpresserischer Absicht verbreitete Legende zu gefährden, nicht die Gewinnexplosion der Monopole, sondern die Lohnforderungen der Arbeiter seien die Ursache der ständigen Preissteigerungen.

Es lohnt kaum, auf das „Mandat auf Zeit“ einzugehen. Die Vorgänge der letzten Monate im Bonner Bundestag sprechen ihre eigene Sprache. Wo mit Verbotsdrohungen und verfassungswidrigen Schikanen, mit haarsträubenden Lügen und hemmungsloser Hetze — selbst unter Ausnutzung anarchistischer Bombenleger — gegen fortschrittliche Kräfte, besonders die DKP, eine wirklich freie Wähler-

entscheidung unmöglich gemacht wird, wo Abgeordnete einem käuflichen „Gewissen“ und nicht einem verbindlichen Wählerauftrag unterworfen sind und die Wähler nicht das Recht haben, Abgeordnete auch wieder abzu-berufen, hat ein formales „Mandat auf Zeit“ nicht das Geringste mit „Demokratisierung“ zu tun.

An der „Vielfalt der Meinungen“ dagegen ist man tatsächlich interessiert. Je mehr verschiedene Meinungen es zum Beispiel in der Arbeiterklasse gibt, desto sicherer kann sich die Monopolbourgeoisie fühlen. Nur eine Meinung darf es nicht sein: eine marxistisch-leninistische. Wer sie vertritt, darf — entgegen dem Grundgesetz — keine öffentliche Stellung einnehmen, er wird als potentieller Gewaltverbrecher und Bombenleger verketzert und zum Staatsfeind erklärt, und kein Sozialdemokrat darf — bei Strafe seines Parteiausschlusses — Kontakt zu ihm haben, da seine Meinung ansteckend ist.

Bleibe noch — über die „Kontrolle“ wird später zu sprechen sein — die „konkrete Partizipation“, die Mitbestimmung der Arbeiter. Als großer Fortschritt auf diesem Gebiet wird das Anfang 1972 in Kraft getretene neue Betriebsverfassungsgesetz gepriesen. Auch Lohmar sieht darin „eine unmittelbarere Selbst- und Mitbestimmung“. Aber auch hier wird er durch die Realitäten widerlegt³⁰⁾. Einige Monate vor der Verabschiedung des neuen BVG hatte das Unternehmerorgan „Handelsblatt“ unmißverständlich verlangt: „Der Gewerkschaft und dem Betriebsrat müssen ... Grenzen gesetzt werden, die sich aus der marktwirtschaftlichen Ordnung ergeben ... In die unternehmerischen Entscheidungen hat keiner von beiden maßgeblich einzugreifen. Nur der Unternehmer selbst oder seine Beauftragten sind dafür zuständig.“³¹⁾ An diese Direktive der Monopolbourgeoisie, nicht aber an die Forderungen der Gewerkschaften, haben sich die SPD-Minister exakt gehalten. Der SPD-Abgeordnete Dr. Farthmann meldete im Bundestag Vollzug: Im neuen BVG sei strikt beachtet worden, „daß in einer marktwirtschaftlichen Ordnung die letzte unternehmerische Entscheidung und Verantwortung unangetastet bleiben mußten“³²⁾. Damit dürfte auch der Lohmarsche Grundsatz der „konkre-

²⁸⁾ Die Zeit, 19. Mai 1972.

²⁹⁾ Der Spiegel, Nr. 17, 17. April 1972, S. 140 und 130.

³⁰⁾ Vgl. Kurt Voigtländer, Der Herr-im-Haus-Standpunkt auf modern, in: Einheit, Heft 1, 1972, S. 8 ff.

³¹⁾ Handelsblatt, 24./25. September 1971.

³²⁾ Deutscher Bundestag, 150. Sitzung, 10. November 1971, S. 8597.

ten Partizipation“ sein ruhmloses Ende gefunden haben.

Das sind Lohmars „Strukturmaßstäbe“ für den Realisierungsgrad der Godesberger „Grund-

„Eigentumspolitik“ zur Integration der Arbeiterklasse

Auch das Eigentumsproblem bezieht Lohmar in seine Überlegungen ein. Die SPD wolle „in der Eigentumsfrage ... den kapitalistischen Sektor abbauen“. Fragt sich, wie Lohmar dieses neue Kunststück fertigbekommen will, ohne den „dynamischen Unternehmer“, dem Brandt seine „Hochachtung“ bekundete³³⁾, zu verärgern. Seine Antwort lautet: „... durch eine soziale Verpflichtung des Eigentums, durch den Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors, durch Kontrolle wirtschaftlicher Macht und durch Vermögen in Arbeitnehmerhand.“

Die „soziale Verpflichtung des Eigentums“ steht schon seit 1949 im Grundgesetz der BRD, ohne auch nur im geringsten die ökonomische und politische Machtkonzentration des Monopolkapitals zu beeinträchtigen, geschweige denn, „den kapitalistischen Sektor abzubauen“. Nicht anders ist es mit dem „gemeinwirtschaftlichen Sektor“ (gemeint sind die kapitalistischen Staatskonzerne und kommunale Unternehmen sowie einige gewerkschaftliche und konsumgenossenschaftliche Unternehmen, die aber im Rahmen der Gesamtwirtschaft keinen wesentlichen Einfluß ausüben).

Im übrigen ist das ganze Gerede von einem kapitalistischen „Sektor“ in der Wirtschaft eine glatte Entstellung der Wirklichkeit. Das Wirtschaftssystem in der BRD ist nichts anderes als staatsmonopolistischer *Kapitalismus*, seine Entwicklung wird durch das Wirken der *ökonomischen Gesetze des Kapitalismus* bestimmt, seine Grundlage bildet das private und daneben auch das staatliche *kapitalistische Eigentum* an den entscheidenden Produktionsmitteln, sämtliche Bereiche des Wirtschaftslebens und das gesamte gesellschaftliche Leben werden *durch die Monopole beherrscht*. Die neben der kapitalistischen Wirtschaft bestehenden Betriebe der einfachen Warenproduktion in Handwerk, Handel und Landwirtschaft sind in ihrer großen Mehrzahl durch Verschuldung, Liefer- und Bezugsabhängigkeit den Monopolen ausgeliefert und

³³⁾ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 29, 27. Februar 1971, S. 302.

werte“. Das Urteil ist vernichtend — Lohmars schöne Worte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erweisen sich als pure Heuchelei, als Versuch, die Arbeiterklasse in die Irre zu führen.

zu ihren Anhängseln geworden*). Lohmar bleibt auch die Antwort auf die Frage schuldig, wer denn die „Kontrolle wirtschaftlicher Macht“ ausüben und wie dies geschehen soll. Etwas genauer kann man es im berüchtigten Antikommunismusbeschluß der SPD nachlesen, in dem von „Kontrolle der Gesellschaft über die wirtschaftlichen Machtmittel mit Hilfe des Staates“³⁴⁾ gesprochen wird. Das ganze läuft also auf den nicht gerade neuen Trick einer Selbstkontrolle der Monopole durch ihren eigenen, den imperialistischen Staat hinaus. Was davon zu halten ist — auch bei einer sozialdemokratisch geführten Regierung —, zeigt das Beispiel des Betriebsverfassungsgesetzes.

Schließlich bleibt noch das „Vermögen in Arbeitnehmerhand“, mit dem Lohmar „eine der denkbaren Voraussetzungen für mehr persönliche Freiheit vermitteln“ will. Ganz gleich aber, ob die Arbeiter jährlich 312 DM oder 624 DM vorenthaltenen Lohn „vermögenswirksam“ anlegen dürfen, ob ein mehr oder weniger winziger Bruchteil der von ihnen gezahlten Lohnsteuern als staatliche „Sparförderung“ in ihre Hände zurückgelangt, ob sie „Volksaktionäre“ werden oder ob sie gezwungen werden sollen, einen Teil erkämpfter Lohnerhöhungen in Form von Investivlohn den Unternehmern als Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen — in jedem Fall handelt es sich darum, Ersparnisse und Lohnbestandteile der Werkstätigen für die Kapitalbildung zu mobilisieren. Der Freiheit, nicht mehr zum Verkauf ihrer Arbeitskraft an ihre Ausbeuter gezwungen zu sein, kommen dadurch der einzelne Arbeiter wie die gesamte Arbeiterklasse keinen Schritt näher. Im Gegenteil — es entstehen zusätzliche ökonomische Fesseln, die die Arbeiter an „ihr“ Unternehmen und an das staatsmonopolistische System insgesamt binden.

³⁴⁾ Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus, in: Vorwärts, 4. März 1971.

*) Die Zahl der bäuerlichen Betriebe verringerte sich von 1949 bis 1970 um rund 700 000, die der Handwerksbetriebe von 1956 bis 1970 um mehr als 180 000 und die der Einzelhandelsbetriebe ging von 1950 bis 1968 um mehr als 120 000 zurück. (Vgl. Der Imperialismus der BRD, S. 334 ff.)

Gerade darum aber geht es Lohmar, wenn er schreibt, in der „Eigentumspolitik“ der SPD werde „die Verschränkung des Verhaltens und der Möglichkeiten des einzelnen mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen“ deutlich und es gehe darum, „den einzelnen . . . an gesellschaftlichen Bedingungen zu orientieren“. Nicht „Abbau des kapitalistischen Sektors“, sondern ganz schlicht und einfach die Inte-

gration der Arbeiterklasse in das imperialistische System erweist sich also als der reale Inhalt sozialdemokratischer „Eigentumspolitik“. Der „dynamische Unternehmer“ kann beruhigt sein, an den Eigentums- und Machtverhältnissen wird — jedenfalls soweit es von den rechten SPD-Führern abhängt — nichts geändert.

Das Märchen von der „gerechten Verteilung“

Nachdem Lohmar wortreich die Monopolmacht und den „kapitalistischen Sektor“ in der Wirtschaft abgebaut hat, geht er auch noch dem Profit der Kapitalisten zu Leibe. „Die Sozialdemokraten wirken (!) der kapitalistischen Profitorientierung . . . entgegen.“ Als Mittel nennt er wiederum — die Auswahl scheint erschöpft zu sein — „Mitbestimmung, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, gemeinwirtschaftliche Industriebereiche“ (also ausgerechnet die Staatskonzerne, die eben durch ihre Tätigkeit in wenig profitablen Zweigen günstige Verwertungsbedingungen für das Monopolkapital zu gewährleisten haben)³⁵⁾. Hinzu kommt noch „gesellschaftliche Orientierung der Produktion im ganzen“. Das Kuriose daran ist nur, daß sich die rechten Sozialdemokraten — nach Lohmar — für diese Produktion kaum interessieren: Die SPD orientiert sich „in ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vorwiegend an der Frage, wie eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts erreicht werden könnte . . . Hingegen ist die SPD an der unmittelbaren wirtschaftlichen Produktion . . . weniger interessiert.“ Um Lohmar und seinesgleichen weitere Blamagen dieser Art zu ersparen, sollte man ihnen doch empfehlen, ausnahmsweise einmal Marx zur Hand zu nehmen, der sich bereits vor fast 100 Jahren direkt zu dieser Frage äußerte.

In der „Kritik des Gothaer Programms“ bezeichnete Karl Marx es als „überhaupt fehlerhaft, von der sog. *Verteilung* Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen. Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktions-

weise z. B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft, ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel.“³⁶⁾ Daraus folgt: Wenn die rechten Sozialdemokraten jede grundlegende Veränderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse verhindern wollen — wie wir sehen, befindet sich auch Lohmar trotz seiner „Abbau“-Parolen auf dieser Position —, so sind ihre Beteuerungen, der kapitalistischen Profitorientierung entgegenwirken und für eine „gerechte Verteilung“ sorgen zu wollen, nur leeres, auf die Irreführung der Arbeiterklasse gerichtetes Gerede.

Die Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption des Sozialdemokratismus erweist sich somit auf allen Gebieten als theoretische Grundlage des Versuchs der SPD-Führung, durch die Integration der Arbeiterklasse in das imperialistische System zur Verteidigung und Stabilisierung dieser zum Untergang verurteilten Gesellschaftsordnung beizutragen. Das Ziel, die Welt sozialdemokratisch zu sehen, bedeutet nichts anderes als Konservierung des Kapitalismus auf der einen, Wunschtraum einer kapitalistischen Restauration in den sozialistischen Ländern auf der anderen Seite. Lohmars Thesen und ihre „antikapitalistischen“ Schlagworte haben hierbei lediglich die Funktion eines rosaroten Feigenblattes zu erfüllen.

³⁵⁾ Vgl. *Der Imperialismus der BRD*, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 155 ff.

³⁶⁾ Marx/Engels, *Werke*, Bd. 19, S. 22

Der „Hürdenlauf“ zur ideologischen Koexistenz

Drei Parteitheoretiker der SED haben sich mit meinem Aufsatz über die inhaltlichen Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in zwei führenden Organen der DDR auseinandergesetzt. Wer den innerdeutschen Dialog und darüber hinaus das gesellschaftstheoretische Gespräch über die Grenze hinweg will, der kann aus den beiden Antworten der SED entnehmen, wo die Schwierigkeiten und die begrenzten Möglichkeiten solcher Streitgespräche liegen.

Die erste Hürde: Wir veröffentlichen hier die beiden Aufsätze der Herren Winkler, Kalex und Klug ohne jede Auslassung, an eine Publikation unserer Argumente in der DDR in vollem Umfang ist jedoch einstweilen offenbar nicht zu denken.

Die zweite Hürde: Die Autoren der SED behaupten mancherlei, was den Tatsachen einfach widerspricht.

Die dritte Hürde: Meine Diskussionspartner gehen in beiden Aufsätzen auf die gleichen

Thesen ein und vermeiden ebenso übereinstimmend, andere wesentliche Thesen meines Beitrages auch nur zu erwähnen.

Diese drei Hindernisse für eine wirkliche Diskussion müssen schrittweise überwunden werden. Erst dann kommt man zu dem eigentlichen Kern des Streitgesprächs: der unterschiedlichen Bewertung von Zielen, Wegen und Wirklichkeiten des freiheitlichen Sozialismus einerseits und des Kommunismus andererseits. Ich will mich in meiner Antwort an meine drei Gesprächspartner auf die von ihnen aufgenommenen Punkte der Auseinandersetzung beschränken, um wenigstens hier einen ersten Einstieg in ein Gespräch zu versuchen. Aber das Bemühen um Klarheit in der Bestimmung der Ausgangsposition veranlaßt mich, zunächst einige behauptete „Tatsachen“ richtigzustellen und diejenigen Thesen aus meiner Kritik am Kommunismus noch einmal zu nennen, auf die beide Beiträge überhaupt nicht eingegangen sind.

Acht falsche Behauptungen

1. Um mit dem Formalen, aber inhaltlich nicht Belanglosen zu beginnen: In der „Einheit“ (S. 918) wird mein Aufsatz aus der „Zeit“ mit „Sozialdemokratie und Sozialismus“ in der Anmerkung zitiert. Tatsächlich hieß der Beitrag „Sozialdemokratie und Kommunismus“.
2. Herr Winkler meint (S. 1482), ich hätte mich zu Unrecht als Sprecher der ganzen Sozialdemokratie ausgegeben. Für eine solche Selbsteinschätzung findet sich in meinem Aufsatz nirgendwo ein direkter oder indirekter Hinweis. Da die SPD eine demokratische Partei ist, wäre ein solcher Anspruch auch sachlich nicht möglich.
3. Herr Winkler sagt, „rechte sozialdemokratische Führer bekennen sich in aller Öffentlichkeit zum staatsmonopolistischen Herrschaftssystem“ (S. 1484). Ihm steht nicht einmal ein Zitat zur Verfügung, mit dem diese Behauptung auch nur annähernd gestützt werden könnte. Das Gegenteil trifft sachlich zu.
4. In der „Einheit“ wird gesagt, die Politik der SPD gefährde die Arbeitsplätze in der BRD (S. 908). Herr Winkler fügt hinzu, den Monopolherren in der BRD sei z. B. die massenweise Aussperrung möglich und sie könnten bei Betriebsstillegungen ganze Belegschaften auf die Straße setzen (S. 1486). Daß wir unter der Regierung von Bundeskanzler Brandt eine stabile Vollbeschäftigung haben, verschweigen die Autoren der SED.
5. Herr Winkler unterstellt mir die Aussage, ich hätte die Kommunisten der Absicht bezichtigt, ihr militärisches Potential zum gewaltsamen Export der Revolution einzusetzen (S. 1494). Der Text meines Aufsatzes gibt nicht einmal einen Hinweis in dieser Richtung.
6. Den „rechten“ SPD-Führern wird vorgeworfen, sie gehörten in der BRD zu den Hauptinitiatoren des Wettrüstens und des weiteren Ausbaues der Armee in der Bundesrepublik (S. 1495). Die Friedenspolitik der Bundesregierung beweist das genaue Gegenteil.

7. Die Autoren der SED werfen mir vor, ich hätte keine Kritik am Kapitalismus geübt. Jede einzelne meiner Thesen ist ein Beweis dafür, daß eben dies doch geschehen ist.
8. Die Darstellung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes in der BRD (S. 915/916) stellt die tatsächlichen Regelungen, die dieses Gesetz zugunsten einer stärkeren Einflußnahme der Arbeitnehmer getroffen hat, geradezu auf den Kopf.

Läßt man alle diese falschen Behauptungen in ihrer politischen Auswahl insgesamt auf sich

wirken, dann wird klar, daß es sich hier nicht um zufällige Ungenauigkeiten oder Fehlinformationen handelt, sondern daß hinter diesen Aussagen eine ideologische Absicht steckt: den Diskussionspartner durch die Behauptung von nicht zutreffenden „Tatsachen“ zu diskreditieren, um auf diese Weise eine bessere Ausgangsbasis für die Darlegung der eigenen Argumente zu finden. Wie muß es um das intellektuelle und wissenschaftliche Selbstbewußtsein des Marxismus-Leninismus bestellt sein, wenn seine Vertreter sich solcher Tricks bedienen müssen!

Zwei „vergessene“ Thesen

Auf zwei Themenbereiche sind meine Diskussionspartner überhaupt nicht eingegangen: Auf die Probleme der innerparteilichen Meinungsbildung in den kommunistischen Organisationen und auf wesentliche Merkmale der kommunistischen Militärpolitik und -struktur.

1. Innerparteiliche Meinungsbildung

Ich habe mich in meinem Aufsatz mehrfach mit dem demokratischen Zentralismus, dem grundlegenden Organisationsprinzip aller kommunistischen Parteien, auseinandergesetzt und darauf verwiesen, daß dieser Grundsatz in der Verschränkung mit der anderen These der Kommunisten, Freiheit sei Einsicht in die Notwendigkeit, zu einer innerparteilichen Diktatur der „Einsichtigen“ und ihrer Entscheidungen führe. Das mag meinen Gesprächspartnern nicht einleuchten — aber kennen sie nicht die diesbezüglichen Äußerungen in dem politischen Testament des verstorbenen italienischen Kommunistenführers Togliatti? Wissen sie nichts von den theoretischen Verlautbarungen der dänischen und der schwedischen Kommunisten zu diesem Thema, und haben sie die zurückliegenden Entwicklungen im Hinblick auf einen innerparteilichen Pluralismus in Polen, in der ČSSR und in Ungarn vergessen? Was sagen sie zu der These Mao Tse-tungs, es sollten auch innerparteilich in der Volksrepublik China 100 Blumen blühen? Warum setzen sie sich nicht mit der Forderung der Jungsozialisten in der SPD auseinander, innerparteiliche Demokratie auch in der Form von Gruppenbildungen und durch Diskussion inhaltlich sehr unterschiedlicher Zielvorstellungen anzustreben? Das nennt man, wie ich gesagt hatte, in der SED nach wie vor „Revisionismus“ und „Fraktionsbildung“. Sind die Jungsozialisten

für die SED nur dann brauchbare Gesprächspartner, wenn sie einmal in einer Detailfrage mit der DKP übereinstimmen? Und warum gehen die Autoren der SED nicht ein auf den in unserem Verständnis fundamentalen Sinn der Mehrheitsentscheidung, die eine Willensbildung von unten nach oben ermöglicht? Was halten sie von unserer Ansicht, daß man mit Mehrheit darüber entscheiden muß, was geschehen soll, nicht aber darüber befinden kann, was „wahr“ oder „objektiv richtig“ ist?

2. Strukturen und Ziele militärischer Streitkräfte

Keine Antwort läßt sich in den Aufsätzen meiner Gesprächspartner auch zu meiner Kritik finden, daß in kommunistischen Staaten eine Wehrdienstverweigerung nicht erlaubt sei, daß das Militär ein Instrument der hegemonialen Machtpolitik innerhalb des kommunistischen Blocks sei und daß das Selbstverständnis mancher Armeen im Ostblock von nationalistischen Traditionen und Vorstellungen geprägt werde. Aus welchem Grunde wird dazu nichts gesagt? Will man sich in der Frage der Wehrdienstverweigerung wiederum nicht mit den Jungsozialisten in der SPD anlegen? Ist es meinen Diskussionspartnern unangenehm oder halten sie es für richtig, was ich über die hegemonial-politische Funktion des Militärs und über den Nationalismus angemerkt habe? Die DDR wird, wenn sie jetzt in großem Maße diplomatische Kontakte mit anderen europäischen Ländern aufnimmt, ganz sicher auch von den Franzosen, den Schweden oder den Norwegern erfahren, was diese Länder von der Restauration preußischer Militärformen in der DDR halten. Vielleicht hat die völkerrechtliche Anerkennung der DDR dann auch die Wirkung, den Gesichtskreis politischer Diskussionen etwas auszuweiten.

Der Fall Hitler

Den Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Noske wirft A. Winkler vor, sie hätten durch ihre Politik in der Weimarer Republik der Machtergreifung Hitlers Vorschub geleistet (S. 1484). Wer das unermeßliche Leid kennt, von dem Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden, Katholiken und Protestanten im Dritten Reich betroffen wurden, sollte wenigstens soviel Takt haben, angesichts dieser menschlichen Tragödien für Millionen von Antifaschisten eine Geschichtsklitterung zu vermeiden. Wie war es denn in den Jahren vor 1933? Die Kommunisten haben, ihrer verhängnisvollen und naiven Auffassung von dem geschichtsnotwendigen Sieg des Sozialismus nachhängend, vor der Machtergreifung Hitlers geglaubt, sein Regime werde den Prozeß des Übergangs zum Sozialismus eher be-

schleunigen als verzögern. Aus diesen und anderen Gründen verteuflten sie die Sozialdemokraten in der Weimarer Republik als „Sozialfaschisten“ und haben Hand in Hand mit der äußersten Rechten alles getan, um die erste deutsche Republik zum Einsturz zu bringen. Für diese illusionäre Einschätzung der Situation haben Hunderttausende, auch von überzeugten Kommunisten, später mit ihrem Leben bezahlen müssen. Es gehört ein großes Maß an historischer Blindheit oder an Zynismus dazu, angesichts dieser schrecklichen Entwicklung nach 1933 ausgerechnet den Sozialdemokraten, die um den Bestand der ersten deutschen Demokratie mit ihrer ganzen Kraft gerungen haben (wenn auch wohl nicht immer mit den angemessenen Mitteln), die Rolle eines Helfershelfers für den Faschismus zuzuschreiben.

Sein und Bewußtsein

A. Winkler meint, ich hätte die Grundfrage nach dem Verhältnis von Sein und Bewußtsein idealistisch beantwortet. Seine beiden Co-Autoren in der „Einheit“ verweisen auf die These von Friedrich Engels, daß die Beziehungen zwischen der ökonomischen Basis einer Gesellschaft und dem Überbau keine einfache Ursache-Wirkung-Relation seien. Eben das ist auch meine Auffassung. Man kann darüber streiten, ob die Vergesellschaftung der Produktionsmittel eine notwendige Bedingung für die Entfaltung von Freiheit und Gerechtigkeit ist oder ob eine gesellschaftliche Basis dafür auch unter Einschluß privaten Eigentums an Produktionsmitteln gegeben sein kann. Was ich den Kommunisten als einen Denkfehler vorwerfe, ist ja nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel (sehr wohl aber Form und Folgewirkungen!), sondern ihre kaum begründbare Ansicht, daß mit der Vergesellschaftung automatisch zureichende Bedingungen für die Entfaltung von Freiheit und Gerechtigkeit geschaffen werden könnten. Hier, an genau diesem Punkt, denken sie monokausal, eingleisig. Viele der Widersprüche, in die sich der Marxismus-Leninismus theoretisch verwickelt, haben in diesem grundlegenden Denkfehler ihre Ursache. Das wird an zwei Beispielen in dem Beitrag der „Einheit“ überaus deutlich. Ungeachtet der behaupteten monopolkapitalistischen ökonomischen Struktur der BRD meinen die Autoren, die Arbei-

terklasse fühle sich bei uns zum Sozialismus (im Verständnis der SED) zunehmend hingezogen. Daß die Wahlergebnisse dies hinsichtlich der DKP der Zahl der Wähler und ihrer sozialen Struktur nach widerlegen, nehmen die Autoren zwar indirekt zur Kenntnis, aber sie erklären diesen Umstand damit, daß die Monopolbourgeoisie eine grandiose Bewußtseinsmanipulation vornehme (S. 912). Nun werden die Autoren der „Einheit“ nicht davon beeindruckt sein, wenn man sie darauf hinweist, daß selbst in Gebieten der Bundesrepublik, wo die Springer-Presse ein eindeutiges Übergewicht hat, die Wahlergebnisse für die SPD überwältigend waren, denn die SPD halten sie ja für einen Bestandteil des Monopolkapitalismus. Aber gibt es ihnen nicht zu denken, daß Millionen westdeutscher Arbeiter die SPD und nicht die DKP gewählt haben und daß die ideologischen Sprecher der DKP weit häufiger aus bürgerlichen Familien kommen als aus der Arbeiterschaft? Können unsere Diskussionspartner in der DDR es denn nicht begreifen, daß man Sozialdemokrat sein kann, ohne deshalb ein verbohrt Antikommunist zu sein? Die westdeutschen Arbeiter lehnen ja keineswegs die beachtlichen sozialen Errungenschaften der DDR ab, aber sie halten die geistige Enge, den kleinbürgerlichen Provinzialismus und die innerparteiliche Diktatur in der SED für falsch. Deshalb, nicht aus einem blinden oder emotionalen Antikommunismus, votieren sie in der Mehrheit für die Sozialdemokratie.

A. Winkler meint, wir hätten in der BRD ein imperialistisches Wahlsystem. Unser Grundgesetz stelle den Abgeordneten bewußt neben und über das Volk. Der Abgeordnete sei nicht seinen Wählern, sondern seinem „Gewissen“ verantwortlich (S. 1491). Kalex/Klug fügen hinzu, die Abgeordneten in der BRD seien keinem verbindlichen Wählerauftrag unterworfen, und die Wähler hätten nicht das Recht, Abgeordnete auch wieder abzurufen (S. 915). Wir können von dieser Kritik gewiß das eine oder andere übernehmen. Es ist z. B. sehr die Frage, ob man den Artikel 38 des Grundgesetzes mit seiner Festlegung der Gewissensbindung des Abgeordneten so weit fassen kann, daß der Fraktionswechsel rechtlich möglich bleibt. Darüber wird der Bundestag ernsthaft nachdenken müssen. Aber der Abgeordnete hat sich bei uns ja nicht nur seinem „Gewissen“ zu stellen, sondern er muß sich in den Wahlkreisen, in den Parteien, in vielfältigen gesellschaftlichen Bindungen verantworten, behaupten und immer wieder um sein politisches Mandat ringen.

Wie sieht demgegenüber die Wirklichkeit etwa in der DDR aus? Man wird den Abgeordneten der Volkskammer nicht vorwerfen können, daß sie sich im Regelfall weniger um

ihre Wahlkreise oder um konkrete Nöte ihrer Mitbürger kümmern als die Mitglieder des Bundestages bei uns. Aber sie sind nicht dem Volk verantwortlich, sondern den jeweiligen Parteigliederungen der SED. Sie haben keinen Wählerauftrag im politischen Sinn, sondern einen Parteiauftrag gegenüber den Wählern. Sie erhalten ihr imperatives Mandat nicht von der Bevölkerung, sondern von der Parteileitung. Ist das mehr Demokratisierung als bei uns oder weniger? Die Alternative zu einer unverbindlichen „Gewissensbindung“ und zum imperativen Mandat nach dem Modell der SED — um die Schwachpunkte in der Funktion der Abgeordneten in beiden deutschen Staaten einmal nebeneinander zu stellen — kann nur in der Entfaltung stärkerer basis-demokratischer Einflußmöglichkeiten in vielen Bereichen der Gesellschaft bestehen. Aber davon ist in der DDR sehr viel weniger die Rede als bei uns. Mein Hinweis darauf, daß die Räte-Idee innerhalb der kommunistischen Welt heute in Europa nur noch in Jugoslawien eine begrenzte Chance habe, wird von den Autoren (S. 1492) zwar erwähnt, aber inhaltlich mit keinem Wort kommentiert. Der „demokratische Zentralismus“ läßt das — wie so manches — offenbar nicht zu.

Die Arbeiter und die Staatsmacht

Das Verständnis für die Bedeutung gesellschaftlicher Selbstverwaltungs- und Selbstgestaltungsmodelle fehlt den Theoretikern und Praktikern der SED aber nicht nur wegen der Einengung ihrer Denk- und Handlungsmöglichkeiten durch den demokratischen Zentralismus, sondern auch auf Grund der Auffassung, daß mit der Abschaffung des privaten Produktionsmitteleigentums die Arbeiterschaft automatisch zum Inhaber der Staatsmacht geworden sei. Die konkrete Verteilung gesellschaftlicher Produktion ändert sich dadurch aber nicht notwendig. Wie kommt es z. B., daß man vor allem in den Städten der kommunistischen Länder verschiedene Gruppen von bevorzugten oder weniger bevorzugten Konsumenten hat? Es gibt ja nicht nur unterschiedliche Verdienstspannen, sondern auch Naturalzuweisungen in der Form von repräsentativen Häusern, Dienstpersonal, großen Autos, bevorzugten Geschäften. Entscheiden die Arbeiter darüber? Wir bestreiten gar nicht, daß es in der DDR Volksaussprachen über Gesetze gibt und viele kluge Vorschläge

und Ideen von seiten der Bürger vorgebracht werden (S. 1492). Nur: Gegen Aussprachen und anregende Vorschläge haben konservative Unternehmer auch bei uns nichts einzuwenden. Das ist nicht die Frage. Es geht vielmehr darum, wer wo und mit welchen Kompetenzen darüber entscheiden kann, was aus solchen Aussprachen und Vorschlägen wird. Und eben hier werden die von mir genannten Strukturmerkmale der gleichen Chance, der Transparenz, der Kontrolle, des Mandats auf Zeit, der Partizipation wesentlich, um den erreichten Grad an konkreter Demokratisierung einer Gesellschaft feststellen zu können. Meine Diskussionspartner sind nicht einmal bereit, solche Maßstäbe auf der Basis der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ernsthaft zu erwägen. Sie erklären sie schlicht für formal — weil sie in ihrer Anwendung den demokratischen Zentralismus und das ideologische Alleininterpretationsrecht der Parteiführung aushöhlen würden. Ich hatte gesagt, niemand solle bei uns ohne die Zustimmung anderer Herrschaftspositionen einnehmen dür-

fen. Kalex und Klug fragen zurück: Wer ist denn „niemand“ und wer sind „die anderen“? (S 914). Das ist eine gute Frage. Nehmen wir zwei Beispiele: Bei uns in der SPD darf (und kann) niemand in die Parteiführung gelangen, ohne daß er von unten (und nicht auf Grund verbindlicher Vorschlagslisten der amtierenden Parteiführung) gewählt wird. Bei uns gibt es mehrere innerparteiliche „Richtungen“, die miteinander diskutieren und ringen, aber einander nicht ausschalten oder verketzern. Von alledem ist die SED weit ent-

fernt. Innerparteiliche Demokratie — für die DDR würde das bedeuten: Der demokratische Zentralismus müßte abgeschafft werden, und die Vorrangstellung der Parteiführung gegenüber der Staatsführung wäre zu beseitigen, wenn man dem Prinzip der demokratischen Legitimation entsprechen wollte. Personalentscheidungen dürften dann nicht durch Kooptation (in der formalen Fassung von Wahlen), sondern sie müßten in einem tatsächlichen Meinungs- und Willensbildungsprozeß von unten her erfolgen.

„Wissenschaftlicher Sozialismus“?

Die „Einheit“ hält mir vor, ich leugnete den wissenschaftlichen Sozialismus. Das tue ich in der Tat. Wissenschaft ist in ihrer Aufgabe und Arbeitsweise gebunden an Logik, empirische Nachweisbarkeit und Experimente. Eine formal, aber nicht inhaltlich offene Ideologie wie der Marxismus-Leninismus entspricht diesen Grundsätzen wissenschaftlicher Forschung in einer inhaltlich vorgegebenen Weise nur im Hinblick auf die formale Logik. Empirisch nachweisbare Tatbestände werden hingegen nur soweit aufgenommen, als sie dem Argumentationshaushalt der Ideologie des Marxismus-Leninismus „widerspruchsfrei“ eingefügt werden können. Lassen sich andere Tatbestände ihres Gewichts wegen nicht völlig übergehen, dann handelt es sich um „Übergangsschwierigkeiten“ auf dem Wege zum Sozialismus oder vom Sozialismus zum Kommunismus. Auf ähnliche Weise haben sich die christlichen Kirchen oft über den Widerspruch zwischen den Zehn Geboten und den tatsächlichen Verhaltensweisen von Christen weggeholfen. Der Marxismus-Leninismus als Ideologie ist eine strategische Zielkonzeption. Er hat politischen Charakter, während es zur notwendigen Verhaltensweise der Wissenschaft gehört, nicht in Aufgaben, sondern in Problemen zu denken, Gewißheiten zu vermeiden und statt dessen den Zweifel zur

Grundlage der Forschung und des Experiments zu machen. Wir verdanken dem Marxismus-Leninismus viele wertvolle Hinweise auf die Einschätzung der Produktivkräfte in unserer Gesellschaft, auch der Produktivkraft Wissenschaft. Aber daraus zu folgern, die Wissenschaft sei das Instrument einer ideologischen Zielkonzeption, verkennt den Charakter von Wissenschaft. Gerade die kritische Wechselbeziehung strategischer gesellschaftlicher Zielkonzeptionen und wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung macht die fortschreitende Produktivität beider aus. Muß man die Theoretiker des Marxismus-Leninismus daran erinnern, zu welchen Peinlichkeiten ein Mann wie Lysenko in der Einschätzung der Naturwissenschaften in der Sowjetunion zur Zeit des Stalinismus beigetragen hat? In der inhaltlich verengten These vom wissenschaftlichen Sozialismus als immanentem Kern des Marxismus-Leninismus kommt eine monokausale, einseitige Betrachtungsweise zum Ausdruck, die wir in der Geschichte unserer Zivilisation nicht erst in Form dieser Ideologie kennengelernt haben. Sie ist dadurch allerdings nicht überzeugender geworden, daß es in früheren Jahrhunderten um die Rechtsgläubigkeit, heute hingegen um eine spezifische Form der Linksgläubigkeit geht.

Welche Grundwerte gelten?

Ich hatte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als die Grundwerte genannt, von denen der demokratische Sozialismus ausgeht und die zu realisieren er sich vorgenommen hat — Schritt für Schritt und wohl wissend, daß man sie nie voll realisieren können. A. Winkler stellt diesen Grundwerten Frieden und Geborgenheit zur Seite. Er meint, der

Kommunismus werde es dem Menschen ermöglichen, „über seine Geschicke selbst zu bestimmen, seine menschlichen Qualitäten zum eigenen Nutzen und zum Nutzen der ganzen Gesellschaft voll auszuprägen“ (S. 1483). Er hat andere Werte gewählt als ich, aber der Sinn bleibt im wesentlichen der gleiche. Ich würde lediglich zögern, die Gebor-

genheit als ein politisches Ziel zu nennen. Sie gehört meiner Auffassung nach in die Privatbereiche unseres Lebens. Aber man sieht an der Wertordnung Winklers, daß wir hier nicht sehr weit auseinander sind. Nur bleibt die entscheidende Frage, was denn die Sozialdemokraten konkret unter Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verstehen und was die Kommunisten mit Selbstbestimmung und Entfaltung im Sinne haben. Gerade weil die Sozialdemokraten im Gegensatz zu den klassischen bürgerlichen Idealisten von den gesellschaftlichen Bedingungen und Erfordernissen bei der Verwirklichung ihrer Grundwerte in der Gesellschaft ausgehen, ist für sie der Weg zu einem Ziel von entscheidender Bedeutung. Und sie sind nun einmal, vielleicht in dieser Grundfrage wissenschaftlicher vorge-

hend als der Marxismus-Leninismus, der Ansicht, daß die Identifizierung von Freiheit und Einsicht in eine vermeintliche geschichtliche Notwendigkeit, das Prinzip des demokratischen Zentralismus und die einseitige Betonung der Produktionsmittelfrage keine möglichen Voraussetzungen dafür sind, Demokratisierung im Sinn der diskutierten Strukturmerkmale unserer Gesellschaft zu erreichen. Es bleibt dabei: Für die Kommunisten ist die Gesellschaft das Maß, die Person das Mittel und die Partei das Instrument zur Erreichung ihrer Ziele, für die Sozialdemokraten ist die Person das Maß, die Partei das Mittel und die Gesellschaft der Handlungsrahmen. Man muß nicht Antikommunist sein, um diesen Unterschied klar zu sehen und beim Namen zu nennen.

Der dritte Weg

Besonders aufgebracht hat meine Diskussionspartner der Hinweis, es gäbe für Sozialdemokraten keinen Grund, die Welt weder kapitalistisch noch kommunistisch, sondern eben sozialdemokratisch sehen zu wollen. Kalex und Klug meinen, dies könne — bezogen auf die sozialistischen Länder — doch nichts anderes bedeuten, als den Wunsch, die dort eingetretene Entwicklung wieder rückgängig zu machen (S. 907). Ich möchte mich bei beiden dafür bedanken, daß sie mich ungeachtet dieser zutreffenden Anmerkungen nicht als „Revanchisten“ bezeichnet haben. Die Sozialdemokraten nehmen lediglich ernst, was Chruschtschow auf dem berühmten Parteitag der KPdSU über die ideologische Koexistenz gesagt hat. Wir sagen wie er ‚ja‘ zum Wettbewerb der gesellschaftlichen Systeme. Wir setzen dabei weder auf den Kapitalismus noch auf den Kommunismus, sondern wir bemühen uns, in unserem politischen Wirkungsbereich eine sozialdemokratische Ordnung zu entwickeln. Das Ergebnis der letzten Bundestagswahlen hat uns in dieser Absicht ermutigt und in der Einschätzung der Erfolgsaussichten bestärkt. Und wir können leider nur fragen: Warum hat die Führung der SED offen-

sichtlich Hemmungen, sich auf einen solchen Wettbewerb auch in der ideologischen Diskussion einzulassen? Müßte sie nicht davon ausgehen, daß unter den gesellschaftlichen Bedingungen etwa der DDR die Bürger dieses Staates vor jeder Versuchung sicher seien, etwa einem sozialdemokratischen „Revisionismus“ zu erliegen? Warum aber ist die Führung der SED sich offensichtlich keineswegs sicher? Wir wollen das Godesberger Programm der SPD, das Langzeitprogramm oder das der Jusos nicht in die DDR exportieren, aber wir sind andererseits so sehr beeindruckt von der dialektischen Dynamik der industriellen Gesellschaften, daß wir uns nicht vorstellen können, irgendein ideologisches System und die daraus abgeleitete politische Ordnung könnten sich dem entziehen. Sollten wir nicht wirklich mit einer Diskussion über die wechselseitigen Inhalte grundlegender Auffassungen beginnen und dabei die drei einleitend genannten Hürden hinter uns lassen, die dem Wettbewerb der Systeme und der Diskussion ihres ideologischen Hintergrundes heute in der DDR offensichtlich noch im Wege stehen? Diese Publikation mag eine Einladung dazu sein.

Ulrich Lohmar: Sozialdemokratie — Kommunismus. Zur ideologischen Abgrenzung. Eine Auseinandersetzung mit den DDR-Autoren Arno Winkler, Günter Kalex und Harry Klug.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/73

Der Autor konzentriert seinen kritischen Vergleich zwischen den ideologischen Positionen kommunistischer Parteien und der Sozialdemokratie auf die gesellschaftlichen und persönlichen Grundwerte, das Herrschaftsproblem und die Eigentumsfrage. Er setzt sich mit dem System des Marxismus/Leninismus auseinander und bezieht dabei vor allem den demokratischen Zentralismus und den Zusammenhang von Freiheit und vermeintlicher geschichtlicher Notwendigkeit ein. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidung, der Pluralismus und der Verzicht auf „objektive“ Wahrheiten sind für die Sozialdemokratie wesentliche Elemente ihres Selbstverständnisses. Mitbestimmung, Vermögensbildung und gemeinwirtschaftliche Industriebereiche sollen andererseits den kapitalistischen Sektor unserer Gesellschaft zurückdrängen. Für die Demokratisierung der Gesellschaft entwickelt Lohmar eine Reihe von Strukturmerkmalen, wie: gleiche Chance, Transparenz, Kontrolle, Mandat auf Zeit, Partizipation, Spielraum für Minderheiten usw. Im Bereich der Ideologie und Strategie sieht er keinen Ansatz für eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, wohl aber in der Sicherung des Friedens, der Abrüstung, der gemeinsamen Hilfe für die Dritte Welt und in wirtschaftlichen Fragen.

Die Antworten der Gesprächspartner Klug, Kalex und Winkler setzen sich mit den Thesen Lohmars aus der Sicht der SED und der DDR auseinander. Probleme der innerparteilichen Struktur und der Funktion des Militärs haben die Autoren aus der DDR dabei ausgespart. Ihnen geht es vor allem um die Begründung ihrer Auffassung, daß die Sozialdemokraten wesentliche ideologische Grundpositionen aufgeben müßten und zu einer Zusammenarbeit, etwa mit der DKP in der Bundesrepublik, bereit sein sollten. Außen- oder deutschlandpolitische Aspekte der Ostverträge oder des Grundvertrages bleiben dabei weitgehend außer Betracht.

Seine Entgegnung auf die kritischen Einlassungen seiner Diskussionspartner aus der DDR verbindet der Autor mit dem Vorschlag, diesen ersten Dialog im Hinblick auf ideologische Grundprobleme in eine wirkliche Diskussion einmünden zu lassen, die in der DDR und in der BRD ungehindert geführt werden sollte.